

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsredaktion: Dresden  
Raben & Comp., Nr. 1208

Organ für das **werktätige Volk**

Vertrieb: Gebr. Henckels, Dresden  
und Schönlage Druckerei

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Dringelohn mit den wöchentlichen Beilagen  
Nach der Arbeit und „Voll und Zeit“ für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnummer 10 Pf.  
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schreibleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Verlagsleitung: Wettinerplatz 10, Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Kompositzeile  
30 Pf., die 90 mm breite Kompositzeile 1,50 M., für auswärtige An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche  
40 Proz. Rabatt. Für Briefbelegung 10 Pf.

Nr. 151

Dresden, Freitag den 2. Juli 1926

37. Jahrg.

## Das Nein der Sozialdemokratie

Her mit der Reichstagsauflösung! — Die ungeschliffene Regierung

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beschloß am Donnerstagabend nach 1½ stündiger Beratung mit 73 gegen 38 Stimmen, das Fürstentumsgesetz abzulehnen. Als Fraktionsredner wurde der Genosse Belz bestimmt.

Dieser Beschluß bedeutet nur für denjenigen eine Ueberredung, der in den letzten Tagen mit blinden Augen und tauben Ohren den Dingen gegenübergestanden hat. Am Montagabend ließ die Reichstagsfraktion vor der Öffentlichkeit bereits erklären, daß das Fürstentumsgesetz in seiner gegenwärtigen Form „unannehmbar“ ist. Die sozialdemokratische Presse hat das in den letzten Tagen immer und immer wieder unterstrichen. Sie ergänzte die Auffassung der Fraktion mit dem Hinweis, daß nur eine Ablehnung des Gesetzes möglich sei, wenn nicht in letzter Stunde weitere wesentliche Zugeständnisse gemacht werden.

Alles war vergeblich. Die uns gemachten Zugeständnisse sind so gering, daß die „unannehmlichen“ Bestimmungen in dem Gesetz nach wie vor weit überwiegen. Die 14½ Millionen Ja-Stimmen vom 20. Juni, die unter Berücksichtigung des Wahlerrors mindestens das Gewicht von 20 Millionen haben, blieben völlig unberücksichtigt. Die Rücksicht auf die 42 Fürsten und ihren Anhang war trotz dem Unglück, das sie über unser Land gebracht haben, während der ganzen Verhandlungen bei der Regierung und den Koalitionsparteien größer als das Gewicht der fast 20 Millionen Stimmen, die nichts anderes fordern, als gleiches Recht und Gerechtigkeit für alle. Ein juristischer Vorwand sollte dem andern, um für die Fürsten zu retten, was in Wirklichkeit dem Volke gehört.

Die Treue der Sparer zu ihrem Vaterland, ihre Opferbereitschaft und Willigkeit zum Volke wurde oder wird mit 25 Prozent abgetötet. Den Fürsten aber stellt man eine Auswertung bis zu 150 Prozent in Aussicht. Es gibt keinen Grund, der für die Arbeitslosen oder die produktive Erwerbslosenfrage im Interesse der deutschen Wirtschaft bewilligt wird, ohne daß die bürgerlichen Parteien vorher nicht stundenlang in den Ausschüssen und dann im Plenum des Reichstags darüber debattiert haben. Den Fürsten aber kann man nicht genug bewilligen. Als wenn das Geld nichts wert wäre, als wenn wir keinen Krieg verloren hätten, will man allein für zwanzig Landesherren, die schon seit 1805 ohne die geringste Gegenleistung auf Kosten des Staatsbürgers leben, auch in Zukunft weitere zwei Millionen Goldmark jährlich verpulvern. Dazu kommen die Millionen, die jetzt schon seit Jahren auf Grund bereits abgeschlossener Verträge, an denen nicht erfüllt werden darf, bis in alle Ewigkeit an diese dahingekommenen erblosen Erbschaftsbauer bezahlt werden müssen, und was sie bisher noch nicht ergattert haben, kann ihnen von dem Sondergericht noch zugespitzt werden.

Der Reichstag soll nicht einmal das Recht erhalten, die Zusammenfassung dieses Richterkollegiums vorzunehmen, obwohl sich die öffentliche Aufregung der Abfindungsfrage nicht nur gegen die Fürsten, sondern gleichzeitig gegen die reaktionäre Justiz richtete!

Was nützt das beste Abfindungsgesetz, wenn schließlich ein deutschnationales Richterkollegium, wie wir es seit Jahren erlebt haben, die Gesetzesbestimmungen in ihr Gegenteil verkehrt? Diese Möglichkeit haben selbst die bürgerlichen Parteien in ihrer Mehrheit durch die Annahme des Sperrgesetzes im Februar des Jahres bestätigt.

Auch die Notwendigkeit der Richterwahl durch das Parlament haben sie schon einmal eingesehen, als vor Jahren der Staatsgerichtshof gebildet wurde! Aber damals handelte es sich nur um die Aburteilung gewöhnlicher Staatsbürger. Die Fürsten aber bilden auch heute noch immer eine bevorrechtete Klasse für sich.

Alles das hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion veranlaßt, dem Abfindungsgesetz ihre Zustimmung sofort zu verweigern. In dem Urteil, daß das Gesetz ungenügend ist, war die Fraktion einig, und der Unterschied, der im Abstimmungsresultat zum Ausdruck kommt, bezieht sich ausschließlich auf die politische Behandlung der Frage. Die Fraktionsmehrheit war der festen Ueberzeugung, daß auch nachmalige Verhandlungen bei der Ungünstigkeit der bürgerlichen Parteien keine wesentlichen Änderungen des Gesetztextes ergeben würden. Es war genug Zeit verstrichen, das Land wartete auf Klarheit, und diese Klarheit ist am Donnerstagabend von der sozialdemokratischen Fraktion in dem Bewußtsein geschaffen worden, daß sie für eine gute und gerechte Sache kämpft. Das Volk steht dabei auf ihrer Seite gegen die Regierung und gegen den gegenwärtigen Reichstag. Der Kampf geht weiter — nicht nur im Reichstag, sondern auch im Lande draußen!

### Was tut die Regierung?

Wo bleiben die Konsequenzen?

D. Berlin, 2. Juli. (Sig. Junkspruch.) Die Entscheidung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Fürstenabfindung steht im Vordergrund des öffentlichen Interesses. Alle Berliner Blätter besaßen sich mit ihr an leitender Stelle. Die Germania (Zentrum) bezeichnet das Ergebnis der Fraktionsberatung als einen „Sieg der Unvernunft“, ohne zu merken, daß sie damit gleichzeitig die 14½ Millionen Anhänger der entschuldigungslosen Enteignung beleidigt. In Wirklichkeit ist ein „Sieg der Unvernunft“ bei den Regierungsparteien zu verzeichnen, denn sie forderten das jetzt vorliegende Ergebnis geradezu heraus. Die Germania befohl sich dann noch mit der von der Sozialdemokratie verlangten Auflösung des Reichstags und schreit:

„Scheinbar ein einfaches Rezept, um aus dem Ruderlauf herauszukommen, nur sieht man nicht die Frontstellungen in dem von der Sozialdemokratie gewünschten Wahlkampf. Die Regierung hat wiederholt erklärt, daß sie an dem jetzigen Gesetz festhalte. Angelehnt wird dieses Gesetz aber sowohl von den deutschnationalen als von den sozialdemokratischen. Die Regierungsparteien müßten also den Wahlkampf gegen beide Avenuen führen, ohne daß Aussicht bestehe, eine Mehrheit in dem neuen Reichstag zu erzielen. Trotzdem läßt sich natürlich nicht sagen, ob die Reichstagsauflösung nicht doch der beste Versuch der völlig verfahrenen Situation sein wird oder sogar sein muß.“

Der Vorwärts schreibt: „Die Regierung wird heute keine Mehrheit für ihre Vorlage erhalten. Es gibt in diesem Reichstag keine Mehrheit mehr, die im Einklang wäre mit dem Willen des Volks. Will die Regierung nicht entgegen den Grundätzen der Demokratie weiterverarbeiten, so gibt es für sie nur eine Konsequenz: Verabschiedung des Sperrgesetzes, Auflösung des Reichstags.“

Es ist vorläufig eine andre Frage, ob das Sperrgesetz, entgegen der Erklärung des Reichsanwalters in der gestrigen Reichstags Sitzung, jetzt doch noch angenommen wird. Die Volkszeitung rechnet nicht mit einer solchen Annahme und spricht von einer Ermächtigung der Länder zur Regelung der Abfindungsfrage. Auch hierzu würde eine Zweidrittelmehrheit des Reichstags gehören. Die Tagesliche Rundschau beweist deshalb die Möglichkeit eines solchen Ermächtigungsgesetzes und bezeichnet die Haltung der Regierung als „vorläufig noch eine offene Frage“.

Die Reichspreise zeigt sich sehr verlegen und ver-

birgt dabei nicht einmal ihre unendliche Zucht vor der Auflösung des Reichstags. Dieser Skummer scheint aber vorläufig unbeeinträchtigt, da auch die Regierungsparteien alles tun werden, um diese Auflösung zu verhindern. Es ist jedoch eine andre Frage, ob ihnen das gelingen wird.

Aus dieser Sachlage müßten sich unseres Erachtens die von dem Reichsminister des Inneren angekündigten „Konsequenzen“ des Gesamtkabinetts von selbst ergeben. Wir sehen sie in der Auflösung des Reichstags, denn nur so wird es möglich sein, in absehbarer Zeit ein für das Volk zufriedenstellendes Fürstenabfindungsgesetz zu schaffen. Die Sozialdemokratie hat sich nach dem Ergebnis des Volkenscheids damit abgefunden, daß eine Regelung der unverschämten fürstlichen Forderungen zunächst nur auf parlamentarischen Wege getroffen werden kann. Der jetzige Reichstag hat sich dazu vor aller Öffentlichkeit schon zweimal als unfähig erwiesen und in fast einem halben Jahre fortgesetzter Verhandlungen nichts zustande gebracht, weil er nichts zustande bringen wollte, weil seiner Mehrheit die Fürsten näherstehen als das Volk. Die Regierung mag in dieser Situation tun, was sie will, wir werden nicht ruhen und trauen, bis die Fürstenabfindung im Sinne des Volks gesetzlich entschieden ist.

Die Regierung sollte dabei eines bedenken: es gab schon einmal ein Kabinett, das der Stimmung des Volks innerhalb 24 Stunden weichen mußte. Der von den deutschnationalen beeinflusste Reichsanwalt Cuno trat im November 1923 ohne Zustimmung durch das Parlament, unter dem Druck der gegen ihn gerichteten Volksmeinung, ab. Auch heute steht die Volkseele wie damals, und es geht nicht an, diese Steinhilfen der auf die Dauer kein Parlament Standhalten wird, zu steigen. Die angekündigten „Konsequenzen“ der Reichsregierung sind unter diesen Umständen — ob sie will oder nicht — unausweichlich.

### Die Regierung berät...

Berlin, 2. Juli. (Korrespondenz des V.D.) Die durch die Ablehnung des Abfindungsgesetzes geschaffene Lage ist heute Vormittag noch in keiner Weise geklärt worden. In den Verhandlungen trat das Kabinett zusammen, um über den weiteren Gang der Beratungen im Reichstage sich schlüssig zu werden. Da die Beratung des Kabinetts und die Besprechungen der Regierungsparteien mit der Regierung noch längere Zeit andauern werden, wurde der Beginn der Vollversammlung auf 3 Uhr verschoben.

## Krise der spanischen Diktatur

Die spanischen Regierungsmethoden des spanischen Direktoriums sind in den Augen der Demokratie grundsätzlich ebenso verdammenwert wie die des Faschismus. Nimmerhin hat aber Primo de Rivera bisher, so viel man weiß, keinen politischen Wortsatz auf dem Gewissen, während Mussolini keine Herrschaft auf Nord und Ostafrika gegründet hat. Aber auch ein anderer Umstand trägt dazu bei, daß der Faschismus uns noch um einige Grade verabscheuenswürdigere erweist als die spanische Militärdiktatur. Mussolini hat seine Tyrannie über ein hochkultiviertes Land mit alten demokratischen Traditionen und Institutionen angeträtet, während Spanien bisher stets ein politisch sehr rückständiges Land gewesen ist, in dem das Parlament kaum mehr tatsächlichen Einfluß ausüben konnte als die Duma unter dem Zarismus.

Politische Parteien im modernen Sinne des Wortes waren in Spanien kaum jemals vorhanden. Die Unterschiede zwischen „Konservativen“ und „Liberalen“ bestanden hauptsächlich darin, daß die ersteren noch willkürlichere Werkzeuge der katholischen Kirche waren als die letzteren; wobei der Materialismus in diesem Mutterlande der heiligen Anästhetika sich durch eine fast mittelalterliche Gesinnung auszeichnete und durch seinen heraberragenden Einfluß auf den gesamten Hof besonders gefährlich ist. Die einzigen interessanten und sympathischen Kreise in Spanien sind die Republikaner, die sich allerdings auf eine wenig intellektuelle Schicht beschränken, und die Sozialisten, die erst in den letzten Jahren nennenswerte Fortschritte gemacht haben. Leider ist die Entwicklung des Sozialismus und der freien Gewerkschaften dadurch gehemmt worden, daß in Spanien in Ermangelung aller politischen Tradition die Anarchisten und Syndikalisten lange Zeit die Oberhand in der Arbeiterbewegung behielten und durch ihre gewalttätigen Theorien und terroristischen Akte das Ziel der bürgerlichen und liberalen Reaktion erleichterten.

Spanien war seit jeher das Land der politisierenden und rufführenden Militärschichten, der „Kamden“, die gegeneinander intrigierten und zu gegebener Zeit auf dem Weg des trockenen Pulvers den persönlichen Ehrgeiz ihrer Führer befriedigten. Es war daher keine Ueberraschung, als im Jahre 1923 eine Generalaktion unter Führung von Primo

de Rivera die Regierungsgewalt an sich riß und mit dem ihm fürstlichen konstitutionellen parlamentarischen Regime, das bis dahin geblüht und das sich zuletzt durch die ewigen Niederlagen in Marokko sehr unpopulär gemacht hatte, Schluß machte. Das Beispiel des siegreichen Faschismus ist dem Unternehmern Primo offensichtlich zugute gekommen.

Die dreijährige Militärdiktatur ist von dem spanischen Volke weitestgehend nicht so bitter empfunden worden wie in Italien das Regime Mussolinis. Es wurden zwar auch in Spanien die demokratischen Freiheiten durch die Militärdiktatur stark eingeschränkt, aber es scheint, daß die Bevölkerung gerade dadurch den Wert der ihm verloren gegangenen geringen Rechte schätzen gelernt hat; denn in den letzten Tagen ist in Spanien eine Bewegung aufgebrochen worden, über deren wahren Charakter zuverlässige Nachrichten vorläufig noch fehlen, da alle Meldungen der Militärsensur unterliegen. Es hat aber den Anschein, daß diese Bewegung größeren Umfang angenommen hat, was von einer starken Diktaturmüdigkeit in den verschiedensten Schichten der Bevölkerung zeugt. Die offiziellen Meldungen über die Unterdrückung dieser Bewegung und ihren Charakter erinnern an das politische Kommuniqué des Reichswehrministeriums über den Fall der Schwarzen Reichswehr in München im Oktober 1923, in dem von „nationalkommunistischen Säufen“ die Rede war. Auch die Regierung Primo hat der gegen sie gerichteten Bewegung zunächst einen kommunistischen Charakter anhängen versucht, aber das klann um so lächerlicher, als man im gleichen Augenblick unter den hauptbeteiligten Personen Leute nannte, die offensichtlich mit dem Kommunismus oder der Arbeiterbewegung überhaupt nichts zu tun haben. Es waren hohe Generale, wie der frühere Generalkommandant von Sevilla und der frühere Kriegsminister Aguilera, liberale Universitätsprofessoren und Chefredakteure, die ein Manifest an das spanische Volk unterschrieben haben sollen, das sich scharf gegen die Diktatur Primo wandte. In diesem Manifest heißt es nach französischen Quellen:

„Zeit drei Jahre bereits übt die Diktatur ihre Herrschaft ohne Kontrolle und schrankenlos aus. Unser Vaterland schreitet schnell zur Auflösung und zur Anarchie. Viele Jahre und schwere Opfer werden notwen-

Jg. 1926  
7. III.



die sein, um Spanien wieder anzurichten. Das Heer kann nicht dulden, daß seine Fahne und sein Ruf durch ein Regime mißbraucht werden, das das Volk seiner Rechte beraubt hat. Armee und Volk sind durch Primo de Rivera getäuscht worden, der verkündet, daß eine Diktatur zwar notwendig sei, daß sie aber nur vorübergehend sein würde. Von Monat zu Monat hat Primo de Rivera immer neue Vorwände gefunden, um seine Herrschaft zu verlängern.

Alle Unterzeichner dieses Manifestes sind inzwischen verhaftet worden. Darüber hinaus wird behauptet, daß der Aufruf nur das Signal zu einer großen militärischen Bewegung sein sollte, die in Madrid, Barcelona, Valencia und Zaragoza gleichzeitig geplant war. Angeblich waren auch die Garnisonen dieser Städte schon für den Aufstand gewonnen, und nur durch die vorzeitige Aufdeckung des Komplottes die Verhaftung der militärischen und zivilen Führer soll die Bewegung im Keime erstickt worden sein.

Was an allen diesen Behauptungen wahr ist, läßt sich infolge der widersprüchlichen Meldungen vorläufig noch nicht feststellen. Die Tatsache der Unterzeichnung eines Aufrufs allein aber würde die umfangreichen Verhaftungen nicht genügend erklären. Andererseits hat das Direktorium von Antonio an erklarenden geteilt, daß die Bewegung niemals einen gefährlichen Charakter angenommen hat und behauptet, daß es sich nur um das Werk einer kleinen Minderheit von unzufriedenen Blaufanten handelt. Auch hier scheint es sich um eine bedenkliche Schönfärberei zu handeln; denn wenn so verschiedene Elemente wie liberale Politiker und Redakteure, führende Generale und, wie es heißt, auch republikanische und sozialistische Führer sich zusammenschließen, um ein solches gemeinsames Manifest an die Nation zu verlesen, dann ist das schon ein Beweis der tiefgreifenden Unzufriedenheit, die in weiten Schichten des Volkes, ohne Unterschied der Klasse und der Partei, über die militärische Diktatur herrscht. Mag Primo de Rivera einweisen auch mit Hilfe der Kriminalpolizei den Ausbruch einer gewalttätigen Erhebung verhindern haben, so ist damit das Problem seiner Weiterherrschaft nicht gelöst. Entweder wird er das Warnungssignal verstehen und den Abbau seiner Diktatur beschleunigen, oder er wird nach italienisch-faschistischem Muster seine Herrschaft unter Steigerung der gewalttätigen Mittel zu verlängern versuchen. In diesem Fall aber geht Spanien einer sehr trübsamen Zeit entgegen, wobei Primo und sein königlicher Protektor befehrt werden müssen, daß sie nicht das letzte Wort behalten werden.

### Lauende von Spiegeln in der SPD.

Es gibt wohl kaum eine politische Partei, die so vom Angezierr des Spiegels verführt und durchsägt ist wie die SPD. Das wird neuerdings wieder in drastischer Weise bewiesen durch den neuen aus Tageslicht gezogenen „Spiegelalmanach“. Was ist das, Spiegelalmanach? Es ist ein „Handbuch für die leitenden Funktionäre der kommunistischen Partei“. Da der Almanach Eigentum der Organisation ist, kann er, wie es auf Seite 7 des Spiegelsbuches heißt, nicht in den Privatbesitz einzelner Genossen übergehen. Er muß mit der Funktion übergeben werden. Für seine sichere Aufbewahrung ist ständig Sorge zu tragen!

Der Spiegelalmanach stellt fest, daß es gelungen ist, Spiegel und Provokateure zu Tausenden in die Arbeiterchaft, d. h. natürlich in die kommunistische Partei und in den Roten Frontkämpferbund zu bringen. In allen Stellen der kommunistischen Partei, besonders in den führenden Stellen, in den Reihen der Abgeordneten, Bezirkssekretäre und Geschäftsführer, in der Zentrale der Partei wie in der Handelsdelegation sitzen Spiegel, Provokateure und Provokateure.

Lauende von Spiegeln in der SPD! Auf vollen 135 Seiten bringt der Almanach die Namen der tatsächlich oder angeblich als Spiegel Erkrankten, 700 Namen mit 112 Bildaufnahmen! Dabei wird ausdrücklich bemerkt, daß eine ganze Reihe von Namen der gefährlichsten und noch tätigen Spiegel „aus Gründen der Allegorität“ nicht genannt werden können. „Wie ist es möglich“, heißt es auf Seite 18, „daß die Bourgeoisie ihre Spiegel und Provokateure zu Tausenden in die Arbeiterchaft hat bringen können?“

Die Antwort auf diese Frage ist sehr einfach. Das Verführerstück, das die SPD, jahrelang getrieben hat und noch treibt, ermöglicht es allen möglichen politischen Hochstaplern in der kommunistischen Partei und im Roten Frontkämpferbund Unterlauf zu finden. Nun hat das politische Angezierr in der SPD überhandgenommen, daß keiner dem andern mehr traut. Das sind die Früchte der den demokratischen Methoden der Sozialdemokratie angeblich inermlich überlegenen Moskauer Praktiken. Die Sozialdemokratie hat gewußt, was sie wollte, wenn sie zwei Menschenalter hindurch immer daran festhalten hat, daß die Tätigkeit der Partei sich im vollen Licht der Öffentlichkeit abspielt. Geheimbundelei ist nicht für eine Massenpartei. Sie taugt allenfalls in Zeiten einer Diktatur oder zur Ansetzung von Palastrevolutionen, von Putsch, von Offizierskamarillen und dergleichen, niemals aber zur Erneuerung der Welt, wie sie sich die Sozialdemokratie zum Ziel gesetzt hat. Jeder Arbeiter, der sich von der SPD führen läßt, wird jetzt durch den Spiegelalmanach mit der Nase darauf gestoßen, daß er nur in einen Sumpf geführt wird.

### Die kommunistische Bahälcherzentrale

Am Freitag beginnt vor dem 4. Straßengericht des Reichsgerichts der Prozeß gegen die an der vor längerer Zeit von der Berliner Polizei ausgeschobenen kommunistischen „Bahälcherzentrale“ beteiligten Personen. Angeklagt sind der Buchhalter Willi Herpold, der Schneidermeister Otto Breithaupt, der Arbeiter Wilhelm Jufemann und der Bauanschläger Julius Reichmann, sämtlich aus Berlin.

Das erste Bureau dieser „Bahälcherzentrale“ wurde im November 1924 in Neufahrweg und das zweite im Februar 1925 in Treptow aufgedeckt. Es gelang der Polizei, umfangreiches Material zu beschlagnahmen, darunter einen großen Schrank mit solchen Elementen aller Art, die zur Anfertigung von Urkunden, von allem von Pässen, Scheinurkunden und dergleichen, benutzt wurden. Die Angeklagten sind im wesentlichen gefällig.

### Meineidsverfahren gegen Hitler

München, 1. Juli. (Eig. Draht.) Das von der Münchener Staatsanwaltschaft bereits Ende 1925 eingeleitete Meineidsverfahren gegen Hitler und Egger wegen Verletzung der Eidspflicht — es handelt sich um die hoch- und landesverderblichen Behauptungen des Hitlerischen Kampferbände am 1. Mai 1923 — hat nunmehr zur Eröffnung eines vorläufigen Meineidsverfahrens geführt. Vom Untersuchungsrichter wurde bereits eine Reihe von Zeugen vernommen, darunter auch der damalige Polizeikommissar Dr. Schneider.

Da nun das Verfahren seinen ordentlichen Gang zu nehmen scheint, ist im Interesse einer vollen Aufklärung jener Vorgänge die Frage angebracht, ob durch die Nichtabnahme der Bezeugungen nicht Verdunkelungsgefahr gegeben ist. In ähnlich gelagerten Fällen pflegen die Justizbehörden einer solchen Gefahr stets vorzubeugen. Hier liegt nun die Sache vorerst einmal über drei Jahre lang hinstreckend. Infolgedessen läßt sich der Verdacht nicht unterdrücken, daß die seit Jahren im bayerischen Justizministerium sitzenden Männer Hitler, an ihrer Spitze der bayerische Justizminister selbst, einen entsprechenden Einfluß ausgeübt haben. Für diese Annahme gibt es auch noch andere Anhaltspunkte.

### Der Terror der Kriegervereine

Der Vorstand des Kriegervereins Neug (Saalkreis) richtete an 21 seiner Mitglieder, die sich an der Abstimmung zu dem Volksentscheid beteiligen haben, folgenden eingeschriebenen Brief:

„Es dürfte Ihnen bekannt sein, daß Ihre Beteiligung an der Abstimmung in großem Gegensatz zu dem Zweck und den Bedingungen des Kriegervereins steht. Laut Bescheid des Kriegervereins Neug-Deutschen sind Sie daher aus dem Verein ausgeschlossen.“

Der Vorsitzende des Kriegervereins war bei der Abstimmung Wahlvorsteher. Er sah vor sich die abends un-

ernüchtert an der Urne und pöste auf. Im Übrigen zeigt das Schriftstück mit erschütternder Klarheit, daß die Kriegervereine sich gegen die Interessen des Volkes richten und ihren „Zweck“ in dem Schicksal des gestohlenen „Republikentums“ der Fürsten sehen. Diese Offenheit ist innewein bemerkenswert.

### Kleine politische Nachrichten

#### Der Militarismus in Rußland

Moskau, 1. Juli. Der Rat der Volkskommissare hat das Projekt des Kriegsministers Woroschilow über die Einführung der allgemeinen militärischen Ausbildung der Jugend in Volksschule, Mittelschule und Hochschule befragt. Die Ausbildungspflicht soll am 1. August nach Befähigung seitens des zentralen Volkshochschulrates eingeführt werden. Im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen steht auch die Verfertigung der Militäridentität in der Roten Armee. Die Maßnahme wird aus Sparmaßnahmsgründen vorgenommen.

#### Geplantes Attentat auf den spanischen König?

P. Paris, 2. Juli. (Eig. Funkdruck.) Einer der Anarchisten, die von der Polizei unter dem Verdacht, ein Attentat auf den König von Spanien beabsichtigt zu haben, festgenommen wurden, hat ein volles Geständnis abgelegt. Er war bereits an der Ermordung des Erzherzogs von Saragossa im Jahre 1923 beteiligt.

## Krisenzuckungen in Frankreich

P. Paris, 2. Juli. (Eig. Funkdruck.) Der Frank ist gestern abgerundeter gelungen. Der Sturz war beinahe beispiellos. Für ein englisches Pfund (20 Mark) mußten 175, gegen Mittag sogar 180 Frank bezahlt werden. Ähnlich liegen alle Devisen. An der Börse herrscht Panikm Stimmung. Ein Einhalt des Währungssturzes ist nicht abzusehen.

P. Paris, 2. Juli. (Eig. Funkdruck.) In den letzten 48 Stunden mehrten sich, genährt durch die immer härter werdende Franknotlage, die Krisengerüchte. Man spricht bereits in der Presse und in Wandelgängen der Kammer offen von einem

#### Bedrohlichen Sturz des Kabinetts Briand.

In zahlreichen politischen Kreisen befürchtet man, daß das kaum einige Tage alte Kabinett die große Finanzsprache am Dienstag in der Kammer nicht überleben werde. Die Gerüchte sind immerhin mit Vorsicht aufzufassen. Ohne Zweifel hat die Dringlichkeit der Reaktionsklärung die Stellung der Regierung alles andere als gefestigt, aber man darf sich fragen, ob sich in der Kammer eine Mehrheit finden wird, um gegenwärtigen Fieber der Währungsfrage eine neue Ministerkrise zu eröffnen. Caillaux soll entschlossen sein, am Dienstag die Kammer klipp und klar vor folgende drei Sonierungsmöglichkeiten zu stellen: entweder die Verwertung des Goldbestandes der Bank von Frankreich — oder eine neue Inflation — oder Auslandskredit.

Zwischen diesen drei Möglichkeiten soll die Kammer auf eigene Verantwortung wählen. Der Ausgang der Debatte ist ebenso unsicher wie die ganze politische Lage.

#### Deutscher Vorschlag zur Beschränkung der Arbeitslosenunterstützung

P. Paris, 2. Juli. (Eig. Funkdruck.) Die von omerikanischen Ministern verbreitete Nachricht, die deutsche Reichsbank habe sich zu einer eventuellen Frankfrankstellung bereit erklärt gegen eine entsprechende Räumung der Rheinlande, wird von hiesiger amtlicher Stelle energisch demütiert. Wir erfahren dazu von unsterblicher Seite, daß die Reichsregierung in der Tat einen Schritt in der Frage der langfristigen Beschränkung der Arbeitslosenunterstützung unternommen habe. Dieses Vorhaben ist aber in keiner Weise mit dem phantastischen Vorschlag einer Frankfrankstellung in Verbindung zu bringen. Sie dürfte vielmehr in Zusammenhang mit den jetzt laufenden Handelsvertragsverhandlungen erfolgt sein. Diese sind übrigens erneut ins Stocken geraten. Die französische Regierung hatte jüngst ein Protokoll von 6 Monaten auf zunächst breiter Grundlage vorgelegt. Dieser Vorschlag leistete daran, daß die deutsche Regierung das französische Verlangen der Westbegünstigung französischer Weine von gewissen Kompensationen politischer Art abhängig gemacht hat, über die eine Einigung bis jetzt nicht erzielt werden konnte. Auch die deutsche Forderung auf Anpassung der Zolltarife auf Goldbasis blieb bisher bei den französischen Delegationen auf großen Widerstand.

## Sozialfragen im Reichstage

222. Sitzung, Donnerstag, 1. Juli

Der Präsident teilt mit, daß voraussichtlich Freitag abend oder am Sonnabend noch eine Sitzung stattfinden wird.

Vor der Beratung des Gesetzentwurfs, nach dem die Aussetzung der Auseinandersetzungen mit den früheren Fürstentümern (Sprengel) bis zum 31. Dezember 1926 verlängert werden soll, erklärt

#### Reichsfinanzier Dr. Marx:

Es dürfen aus der Vorlage dieses Gesetzes keine Schüsse gezogen werden, als ob in den Aufstellungen der Regierung über die baldige Erledigung dieser Frage eine Veränderung eingetreten sei. Sie ist noch wie vor entschlossen, diese Frage vor den Ferien zur Entscheidung zu bringen. Die Regierung erwartet, daß auch die Mehrheit des Reichstags sich dazu bekennen wird. Sollte sich diese Erwartung nicht erfüllen, so legt die Regierung auf die Verlängerung dieses Gesetzes keinen Wert. (Hört, hört! links.)

Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung ohne Aussprache angenommen. — Es folgt die Beratung des Berichtes der Ausschüsse für den Haushalt und für die Entschädigungsangelegenheiten. Die Ausschüsse für die Abg. Schneider (Dresden, D. Sp.) berichtet, stellen den Antrag, die Reichsregierung zu ersuchen, Mittel bereitzustellen, um den Geschädigten, die einen entschädigungslosen Liquidationsschaden mit einem Grundbetrag von mehr als 200 000 Mark erlitten haben und emporzeit sind, über den Rahmen der Richtlinien für Wiederaufbauarbeiten hinaus Darlehen zum Zwecke des Wiederaufbaues zu gewähren, sofern dieser der deutschen Wirtschaft dient und ein besonders volkswirtschaftliches Interesse an ihm besteht.

#### Abg. Schirmer (Dresden, Sp.):

begründet einen sozialdemokratischen Antrag, nach dem in dem Haushaltsentwurf die Worte „mit einem Grundbetrag von mehr als 200 000 Reichsmark“ zu streichen sind. Es geht nicht an, einer Sondergruppe so große Entschädigungen zu zahlen. Der sozialdemokratische Antrag gibt die Möglichkeit, auch

#### den kleineren Geschädigten Hilfe zu bringen.

Damit würde die Angerechtigten befähigt werden, die in dem Haushaltsentwurf liegt, und die Sozialdemokratie könnte dann auch für ihn stimmen. Man kann sich doch unmöglich auf den Standpunkt stellen, daß nur für die Gruppe der großen Geschädigten Geld vorhanden ist, während für die kleineren Geschädigten nichts da sein soll. Man sagt, die Auslandsdeutschen hätten ein Interesse an dieser Regelung. Aber schon einmal ist das Interesse der Auslandsdeutschen hier angeführt worden, nämlich bei der Fragefrage. Dann oder wurde von den Auslandsdeutschen gesagt: Ihr habt kein Recht dazu, in unseren Namen zu sprechen. Es liegen auch bereits Proteste der Betroffenen aus den abgetrennten Gebieten gegen diese Regelung vor. Im vorigen Jahre hat der deutsche nationale Finanzminister die Richtlinien für Wiederaufbauarbeiten aufgestellt, nachdem er fast vorher 700 Millionen Mark den Ruhrindustriellen gegeben hatte, weil er nicht wollte, wofür er mit den Steuern sollte. (Lärm d. d. Druck.) Behauptungen von Geschädigten warten noch auf die Reichsentscheidung, sie haben es nicht so gut wie Wilhelm II., dem man die Entschädigung in allerhöchster Weise gegeben hat. Zuerst muß denen gehalten werden, die in Not sind. Wilhelm kann noch warten! Wir erwarten, daß Sie unserem Antrag zustimmen, damit wir auch dem Auslandsdeutschen zustimmen können. (Beifall a. d. Log.)

Gegen diesen sozialdemokratischen Verbesserungsvorschlag sprachen sich Redner aller bürgerlichen Parteien aus. Offenbarlich war es ihnen aber recht unangenehm, daß die Sozialdemokratie aufstünde, wie sehr dieser Vorschlag nur den großen Liquidationsgeschädigten zugute kommt, während die Geschädigten der kleineren Vermögens mehr oder weniger leer ausgehen. In namentlicher Abstimmung wird der sozialdemokratische Verbesserungsvorschlag mit 248 gegen 156 Stimmen abgelehnt. Der Haushaltsentwurf und die Entschädigung des Reichstags werden angenommen.

#### Förderung ländlicher Siedlung

Es folgt die Beratung einiger Anträge zur Förderung des ländlichen Siedlungswesens, vor allem soll die zur Wiederbelebung des Meitens- oder Pfandkreditwesens oder die zur Erschließung sonstiger Dauerkreditmöglichkeiten in den nächsten fünf Jahren ein Betrag von je 50 Millionen Reichsmark für ländliche Siedlung bereitgestellt werden. Der Zentrumsgesandnete Prof. Epstein, behauptet, daß selbst die Siedlungsgesellschaften nicht genug Verständnis für die Notlage der ländlichen Siedler hätten. Für die Sozialdemokratie sprach der Herrrer des Siedlungswesens, Dr. David, der die Zustimmung unserer Partei zu dem Gesetz erklärte, jedoch hinzufügte, daß man, wolle man großzügig helfen, in viel weitergehendem Maße vorgehen müsse. Die Ausschussbeschlüsse und einige Entschädigungen in demselben Sinne wurden angenommen.

#### Gegen Verschlechterung der Arbeitslosenunterstützung

Die Kommunisten nahmen dann Gelegenheit, eine Entschädigung einzubringen gegen die etwaige Verschlechterung der Arbeitslosenunterstützung oder die Begrenzung der Höchsthöhe in der Erwerbslosenunterstützung auf einen bestimmten Teil des Erwerbseinkommens, das der Erwerbslose erzielen würde, wenn er nicht erwerbslos geworden wäre, vorzunehmen. Reichsvertreterialler Dr. Brandt gab an, daß solche Vorschläge früher bestanden hätten, jedoch seien sie angeblich preisgegeben worden.

#### Abg. Dismann (Sp.):

Es kommt nicht darauf an, den Massen Fragen vorzugeben, sondern sich aufs ernsthafte zu bemühen, um das möglichste zu bewerkstelligen. (Lärm bei den Kommunisten.) Mein Gesicht wird und davon abbringen, die Interessen der Erwerbslosen auf das nachdrücklichste wahrzunehmen. Es lag in der Tat die Absicht her, die Klassifizierung der Erwerbslosenunterstützung vorzunehmen, der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften ist es zu danken, daß diese Absicht vereitelt wurde. Keine Gewerkschaft hat daran gedacht, der Absicht zuzustimmen, eine Verschlechterung der Erwerbslosenunterstützung vorzunehmen. Im Augenblick, als diese Absicht bekannt wurde, haben die Sozialdemokraten und Gewerkschaften den härtesten Kampf angefangen. Die Regierung hat dann von dieser Absicht Abstand genommen. Wir haben bei diesem Kampf eine einseitige Linie eingehalten, ohne irgendwie daran zu denken, eine andere Partei (gegen die Kommunisten gerichtet) in Wort oder Schrift zu verlegen. Wir haben die vernünftige Aufgabe eines Arbeitervertreters eben darin, nicht andere Arbeitervertreter anzugreifen, sondern

#### die Kräfte zusammenzufassen, um gemeinschaftlich die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten.

Von diesem Wege werden wir uns nicht abbringen lassen. (Zehrlänglich bei den Sozialdemokraten.) Der Redner weist darauf hin, daß innewein die Verlängerung der Unterstützungsdauer von 20 auf 30 bzw. 62 Wochen erwirkt worden sei. Die Erwerbslosen und die Arbeiterunterstützung sind in ihrer jetzigen Höhe bis Ende November 1926 verlängert worden. Die Sozialdemokratie hat weitestgehende Anträge gestellt, die aber von den bürgerlichen Parteien abgelehnt worden sind. Nun hat der Reichsminister im Ausschuss die Erklärung abgegeben, daß die Regierung beabsichtigt sei, die Unterstützung auf 75 Prozent des Arbeitsverdienstes zu begrenzen, und daß es bei den bisherigen Unterstützungssätzen bleiben soll.

#### Die Länder haben kein Recht, die Unterstützungssätze zu senken,

die hier beschlossen worden sind. Im Ausschuss hat es sich darum gehandelt, die jetzigen Sätze auch für die Zeit zu sichern, in der der Reichstag nicht beisammen ist. Wir müssen deshalb unsere Verhandlungen auf dem Boden der Beratung führen. Wenn keine Partei, auch nicht von den Kommunisten, ist dagegen Einspruch erhoben worden, ein neues Gesetz zu schaffen, wie es der kommunistische Antrag will, ist aus technischen Gründen, jetzt, wo der Reichstag auseinandergeht, unmöglich. Mit dem Inkraft des



Antrags sind wir durchaus einverstanden, er liegt in der Richtung unserer bisherigen Arbeit, aber aus technischen Gründen können wir ihm nicht zustimmen. Wir schlagen demgegenüber folgende Entschädigung vor und bitten um deren Annahme:

Der Reichsarbeitsminister hat am 28. Juni erklärt, daß die zur Zeit geltenden Unterstützungssätze bis zum 30. November verlängert werden sollen, und daß der Anrechnung der Länderregierungen, die Unterstützung nur bis 75 Prozent des bisher erreichten Tagesverdienstes zu bemessen, von der Reichsregierung nicht entprochen werde. In diesem Sinne hat der Reichstag den Ausschussbeschlüssen zugestimmt. Darin muß festgehalten werden. Der Reichstag nimmt Kenntnis von der heutigen Erklärung des Reichsarbeitsministers, daß er ein Schreiben an die Länder richten wird, um zu verhindern, daß eine Verschlechterung der Unterstützungssätze eintritt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Franz Tusch (Zent.) erklärt, daß das Zentrum sich gegen jede Verschlechterung der Erwerbslosenfürsorge wende. Sie werde den kommunistischen Antrag ablehnen, der sozialdemokratischen Erklärung dagegen zustimmen. Der kommunistische Antrag wird abgelehnt, die sozialdemokratische Entschädigung gegen die Deutschenationalen angenommen. Auch die Kommunisten stimmen dafür.

Für die Kriegsopter

In der achten Abendstunde folgte die Beratung des Ausschusses für Kriegsbeschädigtenfragen über eine Regelung der Leistungen der Krankenkasse im Rahmen des Reichsversicherungs-gesetzes. Der Ausschuss legt weiter Entschädigungen vor, die Mittel für eine Verbesserung der Versorgung erwarten. Für Blind-, Kriegsinvaliden und Kriegshinterbliebenen sollen einige weitere Verbesserungen geschaffen werden. In Verbindung damit folgt die Beratung eines sozialdemokratischen Antrages, der die Arbeitnehmer zwingen will, nach bestimmten Vorschriften gewisse Arbeitsplätze unbedingt mit Schwerbeschädigten zu besetzen. Der Ausschuss stimmte dieser sozialdemokratischen Anregung zu. Es wurde ferner beantragt, die Reichsregierung zu ersuchen, bei der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft dahin zu wirken, daß jenen Schwerbeschädigten, welchen die Folgen ihrer Beschädigungen beim Reisen in der 3. und 4. Wagenklasse Beförderungen verursachen, die Benutzung der 2. Wagenklasse gegen Zahlung einer Pachtzins 1. Klasse gestattet wird.

Der kommunistische Abgeordnete Tiedt brachte neben be- rechtigten Beschwerden über mangelhafte Versorgung der Kriegsopfer die üblichen Beschimpfungen gegen die Sozialdemokratie vor. Er wurde aber sofort von einem Mitglied des Reichstages, nach ihm sprach der sozialdemokratische Abgeordnete Hoffmann, einer der besten Kenner des Versorgungswesens.

Abg. Hoffmann (Soz.):

erklärt gegenüber Schlußworten der Reden, daß über die Ver- sorgung der Kriegsbeschädigten noch lange nicht genug gesprochen worden sei. Die Novelle ist in den Kreisen der Kriegsbeschädigten außerordentlich unpopulär aufgenommen worden, weil sie keine materielle Verbesserung bringt. Nur das bestehende Recht soll in mehreren Punkten geändert werden. Aus wäre die Zustimmung zu dieser Vorlage erleichtert worden, wenn sie mit einer sofortigen materiellen Verbesserung der Kriegsbeschädigten verbunden gewesen wäre. Man hat die Verbesserung der Versorgung feierlich abgelehnt, um die Verabschiedung des Gesetzes nicht zu gefährden.

Wir dürfen diese Novelle nicht verabschieden, ohne die Ge- wissheit zu haben, daß der nächste Etat eine wesentliche Verbesse- rung der Versorgung der Kriegsbeschädigten bringen wird. Die Kommunisten, die heute in diesem Sinne abgefasste Ent- scheidungen ablehnen wollen, werden sich sicherlich bei der nächsten Beratung des Versorgungswesens darauf berufen. Durch unsere Arbeit haben wir immerhin sehr wichtige Konzessionen für die Kriegsinvaliden und Schwerkriegsbeschädigten erreicht. Das Schwer- kriegsbeschädigtengesetz wird wieder vollkommen hergestellt. Es ist also nicht wahr, was der kommunistische Redner hier aufgeführt hat, daß diese Vorlage gar nichts bringe. Ich darf feststellen, daß diese geringen Verbesserungen in ihrem wichtigsten Teil auf die un- ermessliche Arbeit der Fraktion zurückzuführen sind. Mehr war in diesem Augenblick nicht zu erreichen. Wir werden aber bei der nächsten Gelegenheit wieder die ganze Frage des Versorgungswesens aufrollen.

Die Novelle zum Reichsversorgungsgesetz wird in 2. Be- ratung angenommen. In der 3. Beratung richtet Heber (Düsseld., Komm.) heftige Angriffe gegen die sozialdemokratische Fraktion. In Anbetracht der das Versorgungswesen viel besser geregelt.

Abg. Hoffmann (Soz.) stellt demgegenüber aus dem Organ des Reichstages folgende über das Versorgungswesen in Rußland fest. Bis zum Ende des Jahres 1920 gingen die Versorgungswahrscheinlichkeiten in Sowjetrußland nicht über die deutschen Mindestleistungen hin- aus. Jetzt scheiden alle Kriegsbeschädigten aus der Versorgung

aus, die ihrer früheren Beschäftigung noch nachgehen können. Würde man das gleiche in Deutschland tun, so würden 60 bis 70 Prozent aller Kriegsbeschädigten aus der Versorgung aus- scheiden. (Lebhafter Beifall.) Die übrigen Kriegs- beschädigten erhalten 60 bis 90 Mark. Nur die erwerbsun- fähigen Kriegserwitwen haben Anspruch auf Rente. Auf Deutsch- land übertragen würde das bedeuten, daß 40 000 Kriegserwitwen überhaupt keine Rente beziehen würden. Es gibt in Rußland nach ihren eigenen Berichten kein Gesetz zum Schutze der Kriegs- beschädigten, die russische Regierung hat erklärt, das sei unnötig, sie könnten nur im Rahmen des Möglichen versorgt werden. Ich möchte einmal die Rede von Ihnen hören, wenn die gleichen Tatsachen von der deutschen Versorgung zu berichten wären. Ich habe unglückliche Male festgestellt, daß das deutsche Versorgungswesen noch außerordentliche Mängel hat. Aber ich war zu dieser Rede geneigt gegenüber Reuten, die auf das russische System schwören, um das deutsche herunterzuziehen zu können.

Abg. Tiedt (Komm.) bekämpft sich unter großer Unruhe des Hauses als Verfasser der Berichte in dem Organ seines Ver- bandes. — Die Vorlage wird in dritter Lesung angenommen, desgleichen die Novelle zum Kriegsbeschädigtengesetz. Freitag, 1 Uhr: Fürstenabfindungsgesetz. Schluß 8 Uhr.

Preußenfraktion und Abfindungsgesetz

D. Berlin, 2. Juli. (Eig. Rundfunk.) Die soziali- stische Fraktion des Preussischen Landtags hatte an die Reichstagsfraktion vor der entscheidenden Sitzung ein Schreiben gerichtet, in dem um Annahme des Abfindungs- gesetzes, wie es jetzt dem Reichstag vorliegt, ersucht wird. Die Werbung, daß dieser Beschluß mit großer Mehrheit gefaßt wurde, ist falsch. In der Sitzung der preussischen Landtags- fraktion war nicht einmal die Hälfte der Fraktionsmitglieder anwesend. Von ihnen stimmte eine große Minderheit gegen die Annahme des Gesetzes.

Absurdes zur Abrüstung

Genf, 30. Juni. (Eig. Draht.) Die Unterausschüsse der Militärkommission für die Vorbereitung der Abrüstungskonferenz haben ihre Arbeiten im wesentlichen beendet. Nun folgen noch einige Vorschläge der Kommission, worauf die Beratungen auf drei Wochen unterbrochen werden. Das Ergebnis der bisherigen Beratungen ist vielfach absurd, indem beispielsweise die deutsche Reichswehr mit der Polizei eine größere Vergleichsstärke darstellt als das ganze französische Landheer und somit eine beschränktere Mächtigkeitsgrenze hat als ein Vorkriegsland. Demnach die Militärbudgets der verschiedenen Länder nach einem einheitlichen Maßstab beurteilt werden sollen, um so eine geeignete Grundlage für die Abrüstungskontrolle zu bilden. Im ganzen genommen hängt die französische Haltung stark davon ab, daß Deutschland noch immer nicht im Völkerbund ist, bis zu welchem Zeitpunkt die Locarnoverträge unwirksam bleiben.

Aus aller Welt

50 Jahre Reichsgesundheitsamt

Das 50jährige Bestehen des Reichsgesund- heitsamtes wurde am Mittwoch in einer Festung, der die Mitglieder der Reichsregierung sowie Vertreter der Länderregie- rungen und der medizinischen Wissenschaft und Praxis bewohnten, gefeiert. Die Festrede hielt Reichsinnenminister Dr. Brügel, der einen Überblick über die Entwicklung des Reichsgesundheitsamtes gab und dabei auf die steigende Bedeutung der Hygiene als Wissen- schaft und als Faktor der öffentlichen Gesundheitsfürsorge hinwies. Der Minister erinnerte an die epochemachende Entdeckung des Tuberkulosebazillus durch Robert Koch im Reichsgesundheitsamt und des Erregers der Staphylokokken durch Frau Schaudinn. Besonders ge- dächte der Minister des bisherigen Präsidenten des Reichsgesund- heitsamtes, Dr. Wunne, der nach mehr als 20jähriger Tätigkeit nunmehr aus seinem Amte scheidet.

Die Explosionskatastrophe in Polen

Bereits 16 Todesopfer Bei der Explosion voram 1. 30 Kilometer östlich von Kowel, fanden, wie schon mitgeteilt, Soldaten des 45. Infanterie- regiments aus Rumänien, das in der genannten Gegend Felddien- stungen absolviert, ein Artilleriegeschütz kaliber 188 Zentimeter, das nach aus dem Weltkrieg herübergekommen. Einer der Soldaten nahm das Artilleriegeschütz mit sich. Dieser konnte man nicht feststellen, ob er dies aus eigenem Antrieb, also freiwillig, oder aus ausdrück- lichen, dienstlichen Befehl hin getan hat. Auf dem Marsch nach der Stadt ließ der Soldat plötzlich gegen 8 Uhr abends das Geschütz zur Erde fallen, worauf die bereits gemeldete furch- bare Explosion erfolgte.

Veranstaltung der Arbeiterjugend

Die Langveranstaltung der Arbeiterjugend Dresden war als ganzer Abend wieder durch fast bedrückende Fülle von Besuchern ausgezeichnet. Im großen Vereinshaus konnte dichtgedrängt kein Mensch mehr unterkommen, und das mitten im Sommer. Die Aufnahmehörsäle waren nach kurzer Zeit nicht zugänglicher mehr. Aber der Jugendgeist und Begeisterung hat das keinen Eintrag. Die Abende des Abends, von der Musikantenkapelle unter Karl Weikensberger ruhiger und sicherer Leitung aufbrechend und sauber gespielt, und dann Tänze des Hellerauer Volkstanz- kreises unter Leitung von Gernot Röhse, bekannt geworden schon durch Gastspiele im Parktheater der Jahresfeier. Eine Folge Augen und Herz erquickender Bilder, diese feierlichen oder lustigen deutschen Tänze oder fremder Völker. Durchaus natürlich und ver- dienstlich aller Bewegungsaustausch, intelligent die Verknüpfung von Dingen, die in Wirklichkeit nicht da waren, wie z. B. der Jodeln im Fackeltanz, der ganz ohne offenes Feuer vor sich ging, indem gelbe Fächer geschwungen wurden. Auffällig war die Schwermut in dem getragenen alten Beerliedlied Die blaue Flagge. Man verstand den Text nicht. Die Wiederholung des Gesanges war allerdings bei den ungeschulten Stimmen sehr lang. Nur kam nicht die ohne Zutun eines von einem Sänger erwartete Raubmännlichkeit und Härteigkeit zur Erscheinung. Und man möchte sich dann Gedanken, daß die Mäher ihr Werk wohl aus edlen Motiven betreiben, so wie etwa Sarastro in der Zauberflöte die Wamina nur aus edlen Motiven raubt. — Der ganze erfolgreiche Abend kündete von stürzendem Lebenswillen. Kr.

Trochender Streit des Opernchors

Das Trochender Streit des Opernchors hat an die Verwaltung der Staatstheater ein Ultimatum gerichtet, das morgen abend abläuft. Wenn seine schon vor langer Zeit erhobenen Forderungen bis dahin nicht erfüllt sind, tritt der gesamte Chor ab Sonntag in den Ruhestand.

Dresdner Kalender

Theater am 3. Juli. Opernhaus geschlossen. — Schau- spielhaus: Anrechtliche B: Die tote Tante (7 1/2). Volkstheater: Nr. 2191 bis 2190. — Alibi-Theater: Antonia (7 1/2). Volkstheater: Nr. 1201 bis 1200. — Neues Theater (Ohr-Akte): Sommer- gastspiel: Der Held des Tages (8). Die Volkstheatermitglieder (ohne Nummerneintragung) täglich an der Abendkasse (7 bis 8 Uhr) Plätze. Einzelpreis 1,25 M. — Residenztheater: Die Förster- glocke (8). — Zentraltheater: Rene, Antje, Stele (8). — Theater am Waldplatz: Schatzgräber (8).

Opernhaus. Kurt Taucher, der seit einer Woche erkrankt ist, hat einen Nachfall erlitten, der es ihm unmöglich macht, an den Proben zur Oper „Turandot“ weiter teilzunehmen und in den für Sonntag den 3. Juli angelegten Aufführung zu singen. — Im eine Verletzung, des Fernstud der Aufführung zu be- reitern, hat sich Kommerzienrat Richard Taucher entschlossen.

Die militärischen Kreise geben über das Kommer Explo- sions- unglück folgende Darstellung: Ein Soldat fand ein Artilleriegeschütz russischer Herkunft und brachte es zur Kompanie, die sich rings um ihn versammelte. Während dieser Zeit fiel das Geschütz fallen, das mit so furchtbarer Wirkung explodierte. Die Zahl der Todesopfer stellt sich auf 16, darunter 3 Offiziere, die Zahl der Verwundeten auf 55.

Feststurz in Karlsbad

In der Nacht auf Donnerstag ereignete sich in Karlsbad unterhalb des Hotels Imperial ein gewaltiger Felssturz, der durch die Regengüsse der letzten Tage verursacht wurde. Er führte die Steinwand der zum Imperial führenden Serpentine unter bösenärschlichem Krachen herunter, riss gewaltige Felsblöcke und Bäume mit sich fort. Weitere Einfürze werden er- wartet. Die Zufahrt zum Hotel wurde gesperrt. Der Schaden wird auf eine Million Tschekokronen geschätzt.

Letzte Nachrichten

Eine Hinrichtung

D. Berlin, 2. Juli. (Eig. Rundfunk.) Der Doppelmörder Kubolpsh, der im November 1925 zwei Reisende bei Nordhausen in ihrem Automobil erschoss und deshalb vom Schwurgericht Erfurt zweimal zum Tode verurteilt worden ist, wurde heute früh um 5 Uhr vom Magdeburger Scharfrichter hingerichtet.

Hitze in Berlin

Berlin, 2. Juli. In Berlin ist die Temperatur mittags 12 Uhr auf 24 Grad im Schatten gestiegen.

Unglücksfall beim Gewerkschaftsfest

Nies, 2. Juli. Beim Gewerkschaftsfest heute auf der Hei- wieze das Pferd des Hauswirts Wilmann, der die Pferde fest- hielt. Das Tier riss über den Festplatz hinweg in die Menschen- menge hinein. Sechs Personen, darunter zwei Kinder, wurden mehr oder weniger schwer verletzt.

Wolkenbruch

Freiburg, 2. Juli. Ein stundenlang anhaltendes Unwetter mit wolkenbruchartigen Regengüssen ging gestern über die Gegend von Freiburg und Herdern nieder. Es richtete großen Schaden an und brachte die Freiburger Mulde und ihre Nebenflüsse zum Aus- tritt aus den Ufern.

Drei Goldschrankeinbrecher verhaftet

Berlin, 2. Juli. Nach fast vier Monate langen Verfolgungen und Ermittlungen ist es der Kriminalpolizei gelungen, drei Gold- schrankeinbrecher, die durch ihre technischen Kenntnisse be- sonders gefährlich waren, zu verhaften. Die Täter, die mit dem modernsten Einbruchswerkzeug ausgestattet waren und ein eigenes Auto besaßen, sind geständig, am 28. Februar d. J. ein Postamt in Berlin, im Kreise Lebus, einen Goldschrankeinbruch ver- übt zu haben, wobei sie 7000 M. Bargeld und für 14 000 M. Wert- wertgegenstände erbeuteten. Der größte Teil der Beute konnte be- folglos abhandelt werden.

Schlachtviehmarkt Dresden vom 1. Juli

Die Preise sind Marktpreise für nichtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab. Stall für Ferkeln, Markt- und Verkaufsstellen, Umkehrsteuer sowie den natürlichen Schwundverlust ein, erheben sich also wesentlich über die Stallpreise. — Auftrieb: 2 Bullen, 3 Kühe, 723 Kälber, 25 Schafe, 514 Schweine, zusammen 1296 Tiere. Geschäftsgang: Kälber und Schweine langsam. — (Weise für 50 kg Lebend- und Schlachtgewicht in Reichsmark.) Kälber: Dänen, Bullen, Kühe, Ferkeln, Ferkeln; Wegen geringen Auftriebes ist eine amtliche Preisnotierung nicht erfolgt. Kälber: mittlere Rasse und Saugkälber 68-71, 112, geringe Kälber 60-65, 104, geringe Kälber 50-55, 101. Schafe: Geschäft langsam, daher keine Notierung. Schweine: Ferkelweise über 300 Pfund 78-79, 98, vollfleischige Schweine von 240 bis 300 Pfund 77-78, 98, voll- fleischige Schweine von 200 bis 240 Pfund 76-77, 98, vollfleischige Schweine von 160 bis 200 Pfund 73-75, 98, Säuen 80, 87. — Ausnahmepreise über Notz.

Schlusnotierungen der Produktbörse

rs. Berlin, 2. Juli. (Eig. Rundfunk.) Weizen märktlich: Juli 300, September 265 1/2, Oktober —. Roggen märktlich: Juli 218, September 207, Oktober 208. Tendenz: fest.

Wettervorhersage für den 3. Juli

Witterungsaussichten: Wechsel bewölkt, warm, schwache bis mäßige nordöstliche Winde. — Allgemeiner Witterungscharakter der nächsten Tage: Vorwiegend trocken, warm.

Leben • Wissen • Kunst

Theater

Neues Theater. Welcher Spekulationsgedanke die Leitung des Neuen Theaters dazu verführt hat, unter Hintansetzung der eigenen Schauspielerschaft im Sommer ein Gastspiel zu veranstalten, ist ein dunkles Geheimnis. Die erste Gastspiel-Aufführung: L. B. Steins Schauspiel „Der Held des Tages“, war jedenfalls nicht geeignet, Licht in dieses Dunkel zu bringen. Das Stück schon ist eine unüber- baren Albernheit ohne Erfindung, Gestalt und Witz, von hausbackener Banalität und halber Langweiligkeit. Jede Minute, die ein Zuschauer, jedes Wort, das ein Kritiker daran verliert, ist im Grunde ver- loren. Man pflegt solche Angelegenheiten zu entschuldigen: es handle sich ja nur um „harmlose Unterhaltung“, die man nicht so streng beurteilen solle. Aber abgesehen davon, daß Schopenhauers „Was ihr wollt“ auch nur harmlose Unterhaltung ist, gibt es innerhalb der ge- schäftlichen Lustspielproduktion immerhin auch verschiedenartige: mit manchem davon unterhält man sich schlecht und recht, mit etlichem verblübelt man seine Zeit. Eine Theaterleistung, die auf sich hält, sollte zu solcher Verblübelung die Hand nicht bieten.

Auch die Aufführung, die Stein selber inszeniert hatte, er- mangelte des Reizes. In ihrem Mittelpunkt stand Ludwig Stöfel — und zwar sehr am Ort! Das Neue Theater hätte seine Saisonant- werte weit besser belegen können, als es diesen allzu biden, trockenen und banalen Schauspiel gelang, sie darzustellen. Seine Gegen- spielerin war die hier gut bekannte Olga Simburg, die mit Beifall empfangen wurde, mehr aber in ihrer mageren Rolle nicht Ge- legenheit fand, mehr als ein paar Reiligkeiten zu bieten. Gerne be- gegnete man noch Marie Jaffe wieder, gern lernte man Franz Verisch, Willy Wächter und Paul Kaiser in Chargenrollen kennen. Da der dritte Akt des Stückes bei weitem der langweiligste ist, ging die Angelegenheit zuletzt mit Schlaf aus, den keine Pointe mehr störte...

Konzert

Der Dresdner Schreierchor gab sein Sommerkonzert unter günstigen Bedingungen im historisch berühmten Lindenpark des Lindeschen Parks. Eine Ausnahme im diesjährigen Sommer der milde, ganz ruhige, trockene Abend des letzten Juniabends! Ein Teil: Franz Schubert, ein anderer: Carl Maria von Weber, ein dritter: verschiedene Scherz-Komponisten. Zum Schluß: Au der schönen blauen Donau, der Original-Märschwalzer des Hofkapellmeisters Johann Strauß, Valaberes Interesse hatte die Aufführung des „Morgens im Wald“ von dem biesigen Arbeiter- chorbirigenten Arno Starck, des Rodlener Preischors. Die Kom- position ist sehr langbar, nicht Männerchorwirkungen geschäft, aus- reißt nur einmal zur Sentimentalität. Arno Starck hat schon mehrere, gelobte Werke geschrieben, doch ernte er auch diesmal reichen Beifall. Das nächste Orchester des Musikdirektors Arno Kaufmann spielte in Streichbelegung und war bei der guten Klavierspiel des Orgels und der Stimme überaus ausgezeichnet zu hören.

7.11.1926







### Runter vom Stuhl, ich will rauf!

Gestern gab es im Landtag wieder eine der jetzt üblichen Dauerreden, die sich allerdings nicht bis um 1 Uhr, sondern nur bis um 11 Uhr ausdehnten, und die verschiedenartigsten Fragen wurden behandelt. Daß bei einer derartigen Überladung der Tagesordnung eine einigermaßen gründliche Beratung nicht stattfinden kann, liegt auf der Hand, und auch den Zeitungen ist nur eine sehr unvollkommene Berichterstattung möglich. Aber das ist wohl auch der Zweck der Rede. Die heute in Sachsen regierenden Parteien haben Anlaß zu wünschen, daß die Öffentlichkeit vor den Vorgängen im Sächsischen Landtag nicht allzuviel erfährt. Aber die bürgerlich-alkoholische Mehrheit konnte doch nicht verhindern, daß an der glorreichen Wirklichkeit des sächsischen Polizeiministers Max Müller die gebührende Kritik geübt wurde. Genosse Liebsmann ließ dem Manne eine Äußerung zufließen, die nicht von schlechten Eltern war. Die Antwort, die die Regierung erteilte, war köstlich, und es lohnt sich hier nicht auf diese jammerrischen Verlegenheitsworte einzugehen.

Demersfordert war nur der Schluß, mit dem Max Müller seine Ausführungen krönte. Er glaubte offenbar eine große Weisheit zu verkörpern, als er dem Genossen Liebsmann antwortete, er lasse sich bei seiner Kritik nur von der Lösung leiten: Runter vom Stuhl, ich will rauf! Das sagt dieser Max Müller, der gegen den Willen seiner Partei auf seinem Ministerposten feststeht, von dessen Unsicherheit alle Welt, auch seine Parteigenossen und seine bürgerlichen Wähler überzeugt sind, und der nur deswegen einen Ministerposten stieren darf, weil er für die Reaktionäre ein so bequemeres Minister ist.

Dieses „Runter vom Stuhl, ich will rauf!“ zeigt so recht deutlich die niedrige Auffassung, die dieser Mann vom politischen Kampf hat. Sollte es Herrn Müller wirklich nicht bekannt sein, daß es in allen parlamentarischen Staaten das Recht der Opposition ist, die bestehende Regierung zu kritisieren, und daß für die Opposition nicht im geringsten ein Vorwurf ist, wenn man ihr sagt, daß sie die vorhandenen Minister entfernen möchte? Nach solchen Ausführungen braucht sich dieser Max Müller wirklich nicht darüber zu wundern, wenn ihm kaum jemand mehr glaubt, daß es sich für ihn nur noch um einen Kampf um politische Ideen und Ziele handelt. Wer einen derartigen Weisheitsberg fertigbringt, der zeigt, daß er in dem Kampf in Sachsen nur noch einen Kleinkampf um die Futtertrappe sieht. Wahrscheinlich, wenn Max Müller bemerken wollte, wie notwendig es ist, daß er in der verdienten Versenkung verschwindet, so könnte er das nicht besser tun als durch sein: Runter vom Stuhl, ich will rauf!

### Sachsen

#### Ein Dankschreiben

##### Der zufriedene Verbandsvorsitzende

Die Sächsische Republikanische Korrespondenz meldet: Der veröffentlichte kürzlich ein Schreiben der Landesarbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Polizeibeamten Sachsens, das der sozialdemokratischen Landtagsfraktion zugegangen ist. Darüber ist die Sächsische Staatszeitung sehr erfreut, weil der Regierung in diesem Schreiben schwere Vorwürfe gemacht wurden. Sie veröffentlicht, um den peinlichen Eindruck abzumildern, folgendes Schreiben vom 12. Juni d. J., das der Leiter des Verbandes sächsischer Polizeibeamten, Herr Küttner, an den Ministerpräsidenten selbst gerichtet hat:

„Nach Abschluß der im Haushaltausschuß A des Sächsischen Landtags am 9. d. M. stattgefundenen Beratung über das Polizeikapitel 23 sowie nach Kenntnisnahme der uns in der Verhandlung mit den Vertretern des Personalamtes am 7. d. M. bekanntgegebenen Absichten der Regierung für die Verbesserung der Besoldung der staatlichen Polizeibeamten halten wir uns für verpflichtet, der Gesamtregierung unseren aufrichtigsten Dank für das bisher bewiesene Entgegenkommen auszusprechen.“

Wenn auch die von uns vertretenen Wünsche der sächsischen Polizeibeamtenschaft noch nicht restlos als erfüllt angesehen werden können, anerkennen wir doch die Tatsache des gezeigten guten Willens, den wir angesichts der bedauerlichen Finanzlage des Landes als besonders wertvoll ansprechen.

Besonderen Dank gebührt uns, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, Ihnen auszusprechen für Ihre uns bekanntgemachte wahrheitsgemäße Vertretung der Polizeibeamtenswünsche. Wir empfehlen uns Ihnen mit der Versicherung vorzüglicher Hochachtung

Verband Sächsischer Polizeibeamter E. N. ges. Küttner.

Die Sächsische Staatszeitung zieht aus diesem Schreiben den fahnen Schluss, daß sich damit die Meinung der Sächsischen Republikanischen Korrespondenz als die übliche Tendenzmeldung erweist. Demgegenüber stellen wir fest, daß wir nichts weiter getan haben, als ein Originalschreiben der Polizeibeamten-

organisation der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Sehr selten muß allerdings der Brief des Herrn Küttner genannt, wenn man daran denkt, daß die von ihm redigierte „Sächsische Polizei“ Ende Mai d. J. einen Artikel veröffentlichte, in dem es u. a. hieß:

„Sie (die sächsische Regierung) behauptet fälschlicherweise, daß ältere Beamte der Landespolizei in dieser Gruppe gar nicht vorhanden sind, während wir durch angeführte Erörterungen nachweisen konnten, daß nicht weniger als rund 250 verheiratete Beamte mit bis zu fünf Kindern von diesem fürstlichen Gehalt leben müßten. Andererseits werden wahlverwehrene Rechte von Polizeibeamten seit Jahren verlegt, Respektierungen unerschützt gelassen, Beschlüsse des Landtages glatt in Abrede gestellt.“

In dem Artikel wurde weiter erklärt, daß die Gefahr der Korruption unter solchen Umständen nicht greifen muß, und daß Untergebenen von ihren Vorgesetzten unter Mißbrauch ihrer Dienstgewalt beeinflußt werden. Es ist auch noch nicht so lange her, wo der Bezugsgeber der Sächsischen Republikanischen Korrespondenz, der jetzt durch das Schreiben Küttners diffamiert werden soll, ebenfalls ein Dankschreiben vom Verband sächsischer Polizeibeamter erhielt, weil er sich für die Rechte der sächsischen Polizeibeamten so energisch eingesetzt hatte. Und auch dieses Schreiben war unterzeichnet von Herrn — Küttner! Um so weniger können wir uns erklären, welche Beweggründe Herrn Küttner leiteten, an Selbst ein Dankschreiben zu richten. Sind die so leidenschaftlich erhobenen Anklagen der „Sächsischen Polizei“ nicht ernst gemeint gewesen oder insinuiert (in vier Wochen) abgeklärt? Herr Küttner gehört nicht der Sozialdemokratischen Partei an.

### Vor Zoretschluß

#### Ein Liebesdienst für die Hausagrarier?

Nach kurz vor Zoretschluß wird der Landtag mit Vorlagen überhäuft. So ist ihm, wie bereits angekündigt, die Vorlage, durch die das sogenannte Waisenvergebot verhandelt werden soll, zuzugangen, ferner der Entwurf eines Gesetzes über die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften. Das Gesetz über den Verkehr mit Grundstücken, das „Grundbuchverkehrsgesetz“, soll offenbar doch noch in den letzten Tagen durchgesehen werden, denn am Dienstag ist seine Beratung im Rechtsausschuß angesetzt. Wie wir bereits herangezogen haben, bedeutet die neue Vorlage eine wesentliche Verschlechterung des bisherigen Zustandes, und deswegen haben die Vertreter der Hausagrarier und Bodenbesitzer einen starken Anstoß daran, daß dieser so wichtige Landtag das Gesetz noch aufzuheben bringt, weil man ja nicht weiß, wie der nächste Landtag ausfallen wird. Es wäre ein ungeheurer Standstill, wenn die sogenannten Alten Sozialdemokraten bei diesem Beginn die Initiative leisten würden, aber nach allem, was wir erlebt haben, müssen wir mit Sicherheit darauf rechnen, daß sich die Reichs-Beute auch hier wieder als getreue Bediente der bürgerlichen Sozialpolitik der Hausagrarier- und Kapitalistenklasse bewähren.

### Um Wötters Immunität

Die Kommunisten haben einen Antrag eingebracht, in dem sie fordern, daß das Verfahren gegen Wötter eingestellt wird und er nicht verhaftet werden darf. Bekanntlich hat erst vor einigen Tagen der Landtag mit Hilfe der sozialistischen Minister und des Polizeipräsidenten Mühl sowie einiger anderer sozialdemokratischer Abgeordneter, die bei der Abstimmung den Saal verlassen haben, die Verhaftung und Verhaftung Wötters genehmigt. Vor kurzem hat erst der Reichstag gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei die Auslieferung von kommunistischen Abgeordneten, die wegen Hochverrats angeklagt waren, verweigert. Hier in Sachsen aber wird vorwiegend der kommunistische Antrag erfolglos bleiben, denn hier werden nicht nur die sogenannten „Demokraten“, sondern auch eine Anzahl sogenannte Sozialdemokraten verhindern, daß die Immunität Wötters wieder hergestellt wird.

### Erbauliches aus dem Großkraftwerk Hirschfelde (Regiert der Stahlhelm?)

Nach merkwürdige Zustände scheinen sich in der A.-G. Sächsische Werke in Hirschfelde einzustellen, nachdem eine Ortsgruppe des Stahlhelms das Tageslicht erblickt hat. Eifrige Förderer dieser antirepublikanischen Bewegung sind im Werk bei Beschäftigten Ingenieur, Betriebsführer, Meister usw. Der Hauptmeister scheint ein Hauptmann a. D. nach der Revolution simpler Bergarbeiter, jetzt Betriebsführerbeamter bei der A.-G. Sächsische Werke, zu sein. Bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit, in und außer Dienst, macht dieser Herr Propaganda für die Stahlhelmbewegung, ja, er geht sogar zu den Geschäftsleuten, um dort Propaganda für den Stahlhelm zu machen. Mit einem Haislein Grotzer hat man im Werkgelände schon Geländeerwerbungen abgeschlossen.

Kürzlich war ein Reichsbannerplatz zum Sachentwurf mit Einwilligung des Lagerhalters auf dem Werkgelände angebracht worden. Das schien aber gewissen Herren, und auch dem Herrn Hauptmann a. D., nicht zu passen, denn er nahm am nächsten Tage sofort Veranlassung, durch Anschläge bekanntzugeben, daß das Anbringen politischer Plakate innerhalb des Werkgeländes verboten sei.

Sowie für heute. Die Regierung wird nicht mehr können, sich um die Vorgänge in den Sächsischen Werken zu kümmern. Auf keinen Fall kann es möglich sein, daß in

### Ein Vertrauensbruch des Dresdner Berufsschulvereins?

Uns wird geschrieben: Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei erhebt u. a. gegen den Dresdner Berufsschulverein in den Vorwurf, er habe die Vertraulichkeit des Entwurfs zum Schulüberleitungsgeleit, der vom Wirtschaftsministerium in beteiligten Organisationen zur Stellungnahme zugelassen worden ist, verlegt. Demgegenüber sei festgestellt: Der Dresdner Berufsschulverein hat den Entwurf bis zum 19. Juni durchaus einwandfrei vertraulich behandelt. Vor diesem Tage war die Vertraulichkeit des Entwurfs von anderen Organisationen und von der Presse bereits so weit durchbrochen worden, daß auch ein Berufsschulverein ganz unbedenklich Stellung nehmen konnte. 1. Im Dresdner Anzeiger vom 7. Juni und in den Leipziger Neuesten Nachrichten vom gleichen Tage hat der Landesauschuß des Säch. Handwerks öffentlich zum Entwurf Stellung genommen. 2. Die Nr. 24 vom 12. Juni der Sächsischen Handwerks- und Gewerbezeitung bringt eine ausführliche Würdigung des Entwurfs. 3. Die Jittauer Morgenzeitung vom 16. Juni enthält in der 2. Beilage einen längeren Artikel über das Schulüberleitungsgeleit. 4. und 5. Die Sächsische Schulzeitung und die Leipziger Arbeiterzeitung vom 16. Juni besprechen und beurteilen den Entwurf ausführlich. 6. Der Dresdner Anzeiger vom 16. und 7. die Dresdner Volkszeitung vom 17. Juni bringen längere Ausführungen über den Entwurf. (Am 16. und 17. desgl. andere sächsische Tageszeitungen, die auch in Dresden gelesen werden.) Erst am 17. Juni abends in einer geschlossenen Vereinsversammlung hat sich der Dresdner Berufsschulverein mit der Angelegenheit befaßt. Er hat seine Entschliessung erst am 19. Juni an die Presse gelehrt. Sie ist am 20. Juni in den Tageszeitungen erschienen, nachdem also die gesamte Öffentlichkeit über den „vertraulichen“ Entwurf genau unterrichtet war.

### Stillelegung der Mechanischen Weberei 1600 Arbeiter und Angestellte entlassen

Der größte industrielle Betrieb Sachsens, die Vereinigten Jutezinnereien und -webereien, bekannt unter dem Namen Mechanische Weberei, haben nunmehr ihren Betrieb restlos stillgelegt. Am Mittwoch wurden sämtliche Arbeiter und Angestellte entlassen. Durch Schließung dieser Fabrik, die erst im Jahre 1920 einen umfassenden Neubau ausführte durch den über 1000 Arbeiterinnen beschäftigt waren, ist das Arbeitslosenheer Sachsens um 1600 Personen vermehrt worden.

Auffällig ist, daß nach den Befindungen des Betriebsrates der Firma verschiedene Schweißwerke, die ebenfalls der Hamburger Jutezentrale unterstehen, trotz der Stilllegung der Weberei Fabrik weiterhin bis 54 Stunden arbeiten. Hier wäre ein Eingreifen der behördlichen Organe eine unbedingte Notwendigkeit.

### Das Vermögen des sächsischen Staates

Im Haushaltausschuß B wurde bei der Besprechung des Rechnungsführerberichts mitgeteilt, daß das Staatsvermögen von 604 Millionen auf 786 Millionen Mark angewachsen ist.

Die vom Haushaltausschuß behandelten Entwürfe wurden nach dem Rechnungsführerbericht genehmigt bis auf Kapitel 3 (Staatsgüter). Nach dem Etat beträgt der Ueberschuß der Staatseinnahmen 42.000 Mark für das Geschäftsjahr 1924/25. Nach dem Rechnungsführerbericht wird aber ein Defizit von 483.000 M. ausgewiesen. Deshalb soll dem Landtage vorgelegt werden die Entlastung des Finanzministeriums nur unter Vorbehalt auszusprechen. Weiter wurde vom Ausschuss verlangt, daß dem Ausschuss genaue Unterlagen über die Entstehung des Defizits unterbreitet werden.

### Ein republikanischer Protest Der Fall Kämus

Der Republikanische Nichterbund, Landesgruppe Sachsen, hat dem Landtag am 24. Juni eine Eingabe gegen die Anklageführung des Oberstaatsanwalts Dr. Weber im Prozeß gegen Dr. Kämus in Freiberg überreicht. Die Vorlage ist zur eigenen Beratung dem Prüfungsausschuß überreicht worden.

Das Justizministeriumblatt für den Freistaat Sachsen vom 28. Juni, das heute den Bescheid zugeht, meldet amtlich die Ernennung des Oberstaatsanwalts Dr. Kämus in Freiberg zum Landgerichtsdirektor in Weimar. Der sächsische Justizminister als auch die sächsische Regierung setzen sich also über alle Proteste republikanischer Verbände und Zeitungen wieder einmal einfach hinweg.

### Ausschluß aus der Partei

Der Bezirksvorstand Chemnitz-Ergebirge beschloß in seiner Sitzung am 27. Juni 1926, folgende Mitglieder noch 52 des Reichsparteistatuts aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auszuschließen:

Siegbert Fehrenbach, Mag. Franzel, Mag. Loseretz, Emil Zimmermann, Richard Graf, Martin Langwitz, Fritz Böhm, Richard Böhm, Arthur Großhölme und Hermann Juch, sämtlich in Chemnitz, ferner: Paul Richter, Jßßa.

Der Ausschluß erfolgt in allen Fällen, weil die Ausschlößenen die Bestimmungen der „Alten“ sozialdemokratischen Partei unterstüßt haben.

Wachte er einweilen vorangehen — sie wollte bald nachkommen. Damit eilte sie davon.

Als am Rosenmontag die Gloden zur Frühmesse riefen, da beleuchtete die Februarionne einen wunderlichen Zug, der im Marschtempo unter den Klängen der Trompeten und Pauken sich zur Kirche hinaufbewegte.

Der Opfergang der Junglinge und Jungfrauen! Am letzten Sonntag hatte der Pfarrer in einer strengen Philippika anbefohlen, von dem vielen Geld, das zur Fastnacht verstaubend würde, auch der Kirche ein Opfer zu bringen. Das war allhergebrochene Sitze, der sich niemand entziehen konnte. Aber die von der Stimmung des Rosenjähers in dem kirchlichen Zwang weniger den Ernst der Handlung als eine notwendige Begleitercheinung zum lustigen Karneval, und der war mit seinen Karrenpöffen nun einmal Trumpf in diesen drei wilden Tagen.

Gegen sechs Uhr des Morgens hatten die Wirkstatten sich gelockert, nachdem die Musik um drei Uhr zur wohlverdienten Ruhe sich zurückgezogen hatte. Nur einige besonders Schöffe, die des Vermögens nie genug haben konnten, hockten noch auf den Bänken und stierten mit glöckigen Augen vor sich hin. Andre gröhlten mit heiseren Stimmen endlose Verse von immer demselben Lied, das sie immer wieder von neuem anschnitten. Wogen Joseph hatte die Schöng Lies plenderte traktiert mit Bier und Kuchen, aber immer wieder verlangte sie mehr zu trinken, und immer wieder schmeckte sie sich wie toll und wild mit ihm im Kreise, bis sie schließlich taumelnd an seine Brust sank und trunken leckte.

„Weil han ich genug — nu bring mich häm!“ Da hatte er sie unter den Arm genommen und war mit ihr fortgegangen nach dem ärmlichen kümmerlichen Säuschen. Die Gloden zur Frühmesse westen alle aus ihren weinseligen Träumen. Verschlafene und halbetrunkene wankende Gestalten erschienen auf der Straße als der Trompeter von der einheimischen Kapelle das Signal zum Zusammenblies. Nun teilten sich die beiden Musikfors und setzten sich an die Seiten der beiden Züge, in deren erstem die Junglinge wühlten und in dem zweiten die Mädchen folgten.

79. 1926  
Juli



### Auf vulkanischer Erde

Roman von Emmi Clert

Wogen Joseph schritt an ihr vorbei und wollte eben in die Wirkhaft eintreten, da hielt die Lies ihn an und fragte gespannt, ob er denn den Parbiss nicht gesehen hätte, den Wogen Parbiss.

Kein, gesehen hatte er ihn nicht, aber gehört, daß er in der „Linde“ tanzte.

„Was — de dankt? in in de „Linde“? Mit wen dann?“

„Mit mei Tanten!“

„Mit dei — hababab! mit dei Tanten? Mit dat ait Mensch?“

„Ja, so hatte der Joseph gehört.“

Die Lies zog ihn am Ärmel — da wollten sie doch einmal tuden geben! Aber er blieb unentschlossen stehen — um in der „Linde“ zu tanzen, dazu hatte er kein Geld.

Wozu denn auch — nur tuden wollten sie geben —! In süßlicher Erregung zog sie ihn am Arm mit.

Wenn er sie sitzen gelassen hätte! Das wäre ja schändlich, ganz schändlich von ihm, sagte der Joseph.

Sie wollte es ihm auch nicht raten! Und um so ein altes „Mensch!“

In der „Linde“ war daselbe rege Leben und bunte Treiben wie in der Keggerwirtschaft, nur hatten sich hier auch die Honoratioren als Zuschauer eingefunden. Einige Gotehrte und Beamte, die mit ihren Familien alle um einen großen Tisch versammelt waren. Nur der Pfarrer sah mit dem Doktor und noch einem Herrn am kleinen Seitentisch zu einer Eckbank vereinigt.

Die Musik machte gerade eine längere Pause. Als die Lies mit dem Joseph eintat, kam der Parbiss eben mit einer Flasche Wein vom Büfett her und wickelte sich mit dem dunklen Lakentuch den Schweiß von der Stirn.

„Li je — dat Lies!“ sagte er, offenbar unangenehm überrascht, als er dicht vor ihr stand. „Bist de da gekommen wie mich zu tuden?“

„Jo, dat sein ich!“ Junkeinden Auges schaute sie ihm in das vom Längen erröte Gesicht.

„Ich han mich anners bekonn, Lies. Mir woez kömme doch mit getreit geben, mei Mutter will dat mit han.“

„Mit, dau Schmachklappes, de für alles sei Mutter fragen geht! Ei, do hättst ie doch ooch sollen fragen für dat, was in de Nacht is passiert, wo de uf Willensfeld wort!“

„In jähren Farbenwechsel erlebte er, aber nur einen Augenblick, dann sagte er äußerlich ruhig: „Müht de da, wie mir woez zusam in! Gras han geläß?“

„Sätte ein Mied ihn töten können, er wäre wohl auf der Stelle umgefunken, so fröhlich lachte es in ihren Augen auf. Der Wogen Joseph arinste sie von der Seite an und sagte: „Nu find eß!“

Bornesrot im Gesicht rief sie dem Parbiss zu: „Bedrüg du mich — verhöhne dau mich —! wart, ich sein eweil noch elao! Rimm bid, in ad!“

Kurz wandte sie sich um und hastete dem Ausgang zu. Wogen Joseph folgte ihr, so schnell er durch das Gedränge sich schoben und stoßen konnte, und erreichte sie erst auf der Straße.

„Lies dau —“ rief er sie an. Sie wandte ihm das von Mut und Aerger entstellte Gesicht zu und erwiderte gittig, er sollte sich wegdrücken — was wollte er denn noch?“

„Ei, sie sollte doch nicht so lös sein wegen den Parbiss! Den sollte sie doch nur laufen lassen. Er, der Joseph, hatte doch noch kein Mädchen, da konnten sie ja zusammen tanzen geben.“

Unschlüssig blieb sie stehen und sah dem Joseph mißtrauisch in das freche Gesicht, in dem der Wort noch kaum über der Oberlippe sproßte.

Er redete ihr zu — er würde so gern mit ihr tanzen und würde sie auch traktieren — er hatte ja Geld! Li je — was hatte er Geld!

Dann sollte er ihr erst ein Kassenmännchen borgen, sie brauchte das, um etwas zu kaufen, sagte sie mit plötzlichem Entschluß.

„Erst wollte er wissen, ob sie dann auch mit ihm tanzen ginge.“

„Ja — die ganze Nacht! — Ihre Augen funkelten in wildem Feuer, als er ihr die verlangten paar Groschen in die Hand schobte.“

\* Münfuhndwanzig Pfennig.







### Runter vom Stuhl, ich will rauf!

Gestern gab es im Landtag wieder eine der jetzt üblichen Dauerreden, die sich allerdings nicht bis um 1 Uhr, sondern nur bis um 11 Uhr ausdehnten, und die verschiedenartigsten Fragen wurden behandelt. Doch bei einer derartigen Heberleistung der Tagesordnung eine einigermaßen gründliche Beratung nicht stattfinden kann, liegt auf der Hand, und auch den Zeitungen ist nur eine sehr unvollkommene Berichterstattung möglich. Aber das ist wohl auch der Zweck der Lesung. Die heute in Sachsen regierenden Parteien haben im Sächsischen Landtag nicht allzuviel erreicht. Aber die bürgerlich-sozialdemokratische Mehrheit konnte doch nicht verhindern, daß an der glorreichen Wirklichkeit des sächsischen Polizeiministers Max Müller die gebührende Kritik geübt wurde. Genosse Niebmann ließ dem Mann eine Verurteilung zueril werden, die nicht von schlechten Eltern war. Die Antwort, die die Regierung erteilte, war köstlich, und es lohnt sich hier nicht auf die jämmerlichen Belegstellen einzugehen.

Bemerkenswert war nur der Schluß, mit dem Max Müller seine Ausführungen krönte. Er glaubte offenbar eine große Weisheit zu verkörpern, als er dem Genossen Niebmann zurief, er lasse sich bei seiner Kritik nur von der Lösung leiten: Runter vom Stuhl, ich will rauf! Das sagt dieser Max Müller, der gegen den Willen seiner Partei auf seinem Ministerposten festhält, von dessen Unfähigkeit alle Welt, auch seine Parteigenossen und seine vürgerlichen Wähler überzeugt sind, und der nur deswegen einen Ministerposten zieren darf, weil er für die Reaktionsäre ein so bequem er Minister ist.

Dieses „Runter vom Stuhl, ich will rauf!“ zeigt so recht deutlich die niedrige Auffassung, die dieser Mann vom politischen Kampfe hat. Sollte es Herrn Müller wirklich nicht bekannt sein, daß es in allen parlamentarischen Staaten des Westens der Opposition ist, die bestehende Regierung zu stürzen, und daß es für die Opposition nicht im geringsten ein Vorwurf ist, wenn man ihr sagt, daß sie die vorhandenen Mittel entzünden möchte? Nach solchen Ausführungen braucht sich dieser Max Müller wirklich nicht darüber zu wundern, wenn ihm kaum jemand mehr glaubt, daß es sich für ihn nur noch um einen Kampf um politische Ideen und Ziele handelt. Wer einen derartigen Weisheitsberg fertigbringt, der zeigt, daß er in dem Kampf in Sachsen nur noch einen Eklagenkampf um die Futtertruppe sieht. Wahrscheinlich, wenn Max Müller beweisen wollte, wie notwendig es ist, daß er in der verdienten Versetzung verschwindet, so könnte er das nicht besser tun als durch sein: Runter vom Stuhl, ich will rauf! —

### Sachsen

#### Ein Dankschreiben

##### Der zufriedene Verbandsvorsitzende

Das Sächsische Republikanische Korrespondenznetz: Der vereinsfähigste Mitglied im Schreiben der Landesarbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Polizeibeamten Sachsens, daß der sozialdemokratischen Landtagsfraktion gegangen ist, darüber ist die Sächsische Staatszeitung sehr erfreut. Darüber ist die Regierung in diesem Schreiben schwere Vorwürfe gemacht worden. Sie veröffentlicht, um den peinlichen Eindruck abzumildern, folgenden Schreiben vom 12. Juni d. J., das der Leiter des Verbandes sächsischer Polizeibeamten, Herr Küttner, an den Ministerpräsidenten Feldt gerichtet hat:

„Nach Abschluß der im Haushaltausschuß A des Sächsischen Landtags am 9. d. M. stattgefundenen Beratung über das Polizeipolizei 33 sowie nach Kenntnisnahme der uns in der Verhandlung mit den Vertretern des Personalamtes am 7. d. M. bekanntgegebenen Absichten der Regierung für die Verbesserung der Stellung der staatlichen Polizeibeamten halten wir uns für verpflichtet, der Gesamtheit unserer aufrichtigen Dank für das bisher bewiesene Entgegenkommen auszusprechen.“

Wenn auch die von uns vertretenen Wünsche der sächsischen Polizeibeamten nicht als erfüllt angesehen werden können, anerkennen wir doch die Tatsache des gezeigten guten Willens, den wir angesichts der bedauerlichen Finanzlage des Landes als besonders wertvoll anerkennen. Besonders Dank gebührt uns sehr verehrter Herr Ministerpräsident, Ihnen ausgesprochen für Ihre uns bekanntgemachte mahnende Unterstützung der Polizeibeamtenwünsche. Wir empfehlen uns Ihnen mit der Versicherung vorzüglicher Hochachtung

Verband Sächsischer Polizeibeamter G. R. gez. Küttner.

Die Sächsische Staatszeitung zieht aus diesem Schreiben den falschen Schluß, daß sich damit die Meinung der Sächsischen Republikanischen Korrespondenz als „die übliche Tendenzmeldung“ erweist. Demgegenüber stellen wir fest, daß wir nichts weiter getan haben, als ein Originalschreiben der Polizeibeamten-

organisation der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Sehr selten muß allerdings der Brief des Herrn Küttner erwähnt, wenn man daran denkt, daß die von ihm redigierte „Sächsische Polizei“ Ende Mai d. J. einen Artikel veröffentlichte, in dem es u. a. hieß:

„Sie (die sächsische Regierung) behauptet fast lächerlich, daß ältere Beamte der Landespolizei in dieser Gruppe gar nicht vorhanden sind, während wir durch angeführte Erörterungen nachweisen konnten, daß nicht weniger als rund 250 verbeiratete Beamte mit bis zu fünf Kindern von diesem fürstlichen Gehalt leben müßten. Andererseits werden wohlverdienende Beamte von Polizeibeamten seit Jahren verdrängt. Versprechungen unerschaffen, Beschlüsse des Landtages glatt in Abrede gestellt.“

In dem Artikel wurde weiter erklärt, daß die Gefahr der Korruption unter solchen Umständen Platz greifen muß, und daß untergeordnet von ihren Vorgesetzten unter Mißbrauch ihrer Dienstgewalt beeinflußt werden. Es ist auch noch nicht so lange her, wo der Verantwortliche der Sächsischen Republikanischen Korrespondenz, der jetzt durch das Schreiben Küttners diffamiert werden soll, ebenfalls ein Dankschreiben vom Verband Sächsischer Polizeibeamten erhielt, weil er sich für die Rechte der sächsischen Polizeibeamten so energisch eingesetzt hatte. Und auch dieses Schreiben war unterzeichnet von Herrn — Küttner! Um so weniger können wir uns erklären, welche Demagogie Herrn Küttner leisteten, an Stelle ein Dankschreiben zu richten. Sind die so leidenschaftlich erhobenen Vorwürfe der „Sächsischen Polizei“ nicht ernst gemeint gewesen oder inzwischen (in vier Wochen) abgestellt? Herr Küttner gehört nicht der Sozialdemokratischen Partei an.

### Vor Loreschluß

#### Ein Vredesdienst für die Hausgartner?

Nach kurzem Vorleschluß wird der Landtag mit Vorlagen überhastet. So ist ihm, wie bereits angekündigt, die Vorlage, durch die das sogenannte Bodenparagraf verändert werden soll, ausgearbeitet, ferner der Entwurf eines Gesetzes über die öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaften. Das Gesetz über den Verkauf mit Grundstücken, das „Grundstücksverkaufsgesetz“, soll offenbar doch noch in den letzten Tagen durchgeprüft werden, denn am Dienstag ist keine Beratung im Rechtsausschuß angesetzt. Wie wir bereits berichtet haben, bedeutet die neue Vorlage eine wesentliche Verschlechterung des bisherigen Zustandes, und demgegenüber haben die Vertreter der Hausgartner und Bodenbesitzer ein starkes Interesse daran, daß dieser so wichtige Landtag das Gesetz noch zustande bringt, weil man ja nicht weiß, wie der nächste Landtag ausfallen wird. Es wäre ein ungeheurer Skandal, wenn die sogenannten Alten Sozialdemokraten bei diesem Beginn des Dienstes leisten würden, aber nach allem, was wir erlebt haben, müssen wir mit Sicherheit darauf rechnen, daß sich die Verhältnisse auch hier wieder als getrene Bediente der bürgerlichen Sozialisten der Hausgartner- und Sozialdemokraten betätigen.

### Um Böttchers Immunität

Die Kommunisten haben einen Antrag eingebracht, in dem sie fordern, daß das Verfahren gegen Böttcher eingestellt wird und er nicht verhaftet werden darf. Bekanntlich hat erst vor einigen Tagen der Landtag mit Hilfe der sozialistischen Minister und des Reichspräsidenten Mühs sowie einiger anderer sozialdemokratischer Abgeordneter, die bei der Abstimmung den Saal verlassen haben, die Verhaftung und Verhaftung Böttchers genehmigt. Vor kurzem hat erst der Reichstag gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei die Auslieferung von kommunistischen Abgeordneten, die wegen Hochverrats angeklagt waren, verweigert, hier in Sachsen aber wird voranschicklich der kommunistische Antrag erfolglos bleiben, denn hier werden nicht nur die sogenannten „Demokraten“, sondern auch eine Anzahl sogenannte „Sozialdemokraten“ verhindern, daß die Immunität Böttchers wieder hergestellt wird.

### Erbauliches aus dem Großkraftwerk Hirschfeld (Regiert der Stahlhelm?)

Nicht unerwähnte Zustände zeichnen sich in der A. G. Sächsische Werke in Hirschfeld ab, nachdem eine Ortsgruppe des Stahlhelms das Landesamt erreicht hat. Einige Mitglieder dieser antirepublikanischen Bewegung sind im Werk beschäftigt. In einem Hauptmann a. D. nach der Revolution simpler Bergarbeiter, jetzt Wohlfahrtsbeamter bei der A. G. Sächsische Werke, zu sein. Bei jeder Möglichkeit und unmöglichen Gelegenheit, in und außer Dienst, macht dieser Herr Propaganda für die Stahlhelmbewegung, ja, er geht sogar zu den Geschäftsführern und dort Propaganda für den Stahlhelm zu machen. Mit einem Haislein Grotzer hat man im Werk gelände (sogar Behälter) abgebaut.

Kürzlich war ein Reichshannoverplakat zum Sachverständigen mit Einwirkung des Lagerhalters auf dem Werk gelände anbracht worden. Das schien aber gewissen Herren, und auch dem Herrn Hauptmann a. D., nicht zu passen, denn er nahm am nächsten Tage sofort Veranlassung, durch Anschläge bekanntzugeben, daß das Anbringen politischer Plakate innerhalb des Werkgeländes verboten sei.

Sowie für heute die Regierung nicht umhin können, sich um die Vorkänge in den Sächsischen Werken zu kümmern. Auf keinen Fall kann es angängig sein, daß in

einem staatlichen Werk Staatsfeindliche, das heißt — gegen den Feind der Republik gerichtete Wirksamkeit geübt werden.

### Ein Vertrauensbruch des Dresdner Berufsschulvereins?

Uns wird geschrieben: Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei erhebt u. a. gegen den Dresdner Berufsschulverein den Vorwurf, er habe die Vertraulichkeit des Entwurfs zum Schulüberleitungsgeleit, der zum Wirtschaftsministerium 2-3 beteiligter Organisationen zur Stellungnahme angeleitet worden ist, verlegt. Demgegenüber sei festgestellt: Der Dresdner Berufsschulverein hat den Entwurf bis zum 19. Juni durchaus einwandfrei vertraulich behandelt. Vor diesem Tage war die Vertraulichkeit des Entwurfs von anderen Organisationen und von der Presse bereits so weit durchbrochen worden, daß auch ein Berufsschulverein ganz unbedenklich Stellung nehmen konnte. 1. Im Dresdner Anzeiger vom 7. Juni und in den Leipziger Neuesten Nachrichten vom gleichen Tage hat der Landesausschuß des Sächs. Handwerks öffentlich zum Entwurf Stellung genommen. 2. Die Nr. 24 vom 12. Juni der Sächsischen Handwerks- und Gewerbezeitung bringt eine ausführliche Würdigung des Entwurfs. 3. Die Illustrierte Vorzeitung vom 16. Juni enthält in der 2. Beilage einen längeren Artikel über das Schulüberleitungsgeleit. 4. und 5. Die Sächsische Schulzeitung und die Leipziger Lehrzeitung vom 16. Juni besprechen und beurteilen den Entwurf ausführlich. 6. Der Dresdner Anzeiger vom 16. und 7. die Dresdner Volkszeitung vom 17. Juni bringen längere Ausführungen über den Entwurf. (Am 16. und 17. d. J. d. Sächsische Tageszeitungen, die auch in Dresden gelesen werden.) Erst am 17. Juni abends in einer geschlossenen Vereinsversammlung hat sich der Dresdner Berufsschulverein mit der Angelegenheit befaßt. Er hat keine Entscheidung erst am 19. Juni an die Presse geleitet. Sie ist am 20. Juni in den Tageszeitungen erschienen, nachdem also die gesamte Öffentlichkeit über den „vertraulichen“ Entwurf genau unterrichtet war.

### Stillelegung der Mechanischen Weberei 1600 Arbeiter und Angestellte entlassen

Der größte industrielle Betrieb Sachsens, die Vereinigten Jutejennereien und -webereien, bekannt unter dem Namen Mechanische Weberei, haben nunmehr ihren Betrieb restlos stillgelegt. Am Mittwoch wurden sämtliche Arbeiter und Angestellte entlassen. Durch Stilllegung dieser Fabrik, die erst im Jahre 1920 einen umfassenden Neubau ausführte, durch den über 1000 Arbeiterinnen Beschäftigung fanden, ist das Arbeitslosenheer Sachsens um 1600 Personen vermehrt worden.

Auffällig ist, daß nach den Befundungen des Betriebsrates der Firma verschiedene Schwesternwerke, die ebenfalls der Dampferzeugere unterstehen, trotz der Stilllegung der Weberei Fabrik wöchentlich bis 84 Stunden arbeiten. Hier wäre ein Eingreifen der behördlichen Organe eine unbedingte Notwendigkeit.

### Das Vermögen des sächsischen Staates

Im Haushaltausschuß B wurde bei der Besprechung des Rechnungsjahres mitgeteilt, daß das Staatsvermögen von 691 Millionen auf 708 Millionen Mark angewachsen ist. Die vom Haushaltausschuß behandelten Staatsposten wurden nach dem Rechnungsjahresbericht geschätzt bis auf Kapitel 3 (Staatskredit). Nach dem Etat beträgt der Ueberschuß der Staatsgüter 42000 Mark für das Geschäftsjahr 1924/25. Nach dem Rechnungsjahresbericht wird aber ein Defizit von 483000 M. ausgewiesen. Deshalb soll dem Landtage vorgeschlagen werden, die Entlohnung des Finanzministeriums nur unter Vorbehalt auszusprechen. Weiter wurde zum Ausdruck verlangt, daß dem Ausschuss genaue Unterlagen über die Entstehung des Defizits unterbreitet werden.

### Ein republikanischer Protest Der Fall Kämus

Der Republikanische Richterbund, Landesgruppe Sachsen, hat dem Landtag am 24. Juni eine Eingabe gegen die Anklageführung des Oberstaatsanwalts Dr. Weber im Prozeß gegen Dr. Kämus in Freiberg überreicht. Die Vorlage ist zur eigenen Beratung dem Prüfungsausschuß überreicht worden.

Das Justizministerium hat für den Freitag Sachjen vom 28. Juni, das heute den Besuchern zuging, wobei endlich die Ernennung des Oberstaatsanwalts Dr. Kämus in Freiberg zum Landgerichtsdirektor in Abmahnung. Der sächsische Justizminister als auch die sächsische Regierung setzen sich also über alle Proteste republikanischer Verbände und Zeitungen wieder einmal einseitig hinweg.

### Ausschluß aus der Partei

Der Bezirksvorstand Chemnitz-Erzgebirge beschloß in seiner Sitzung am 27. Juni 1926, folgende Mitglieder nach § 28 des Reichsparteistatuts aus der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands auszuschließen:

Siegbert Fetschenbach, Max Franzel, Max Loseretz, Emil Zimmermann, Richard Graf, Martin Langwig, Fritz Wozniemann, Richard Böhm, Arthur Groböhme und Hermann Jurek, sämtlich in Chemnitz, ferner: Paul Richter, Flöha.

Der Ausschluß erfolgt in allen Fällen, weil die Ausgeschlossenen die Bestrebungen der „Alten“ sozialdemokratischen Partei unterstützen.

Wachte er einsteilen voranziehen — sie wollte bald nachkommen. Damit eilte sie davon.

Als am Rosenmontag die Gloden zur Frühmesse riefen, da beleuchtete die Februarionne einen wunderlichen Zug, der im Marschtempo unter den Klängen der Trompeten und Pauken sich zur Kirche hinaufbewegte.

Der Opfergang der Junglinge und Jungfrauen! Am letzten Sonntag hatte der Barrer in einer strengen Philippika anbesprochen, von dem vielen Geld, das zur Frühmesse verschwendet würde, auch der Kirche ein Opfer zu bringen. Das war allhergebrochene Sitte, der sich niemand entziehen konnte. Aber die von der Stimmung des Karnevals und des Festtrubels beaufachten jugendlichen Gemüter sahen in dem fröhlichen Zwang weniger den Ernst der Handlung als eine notwendige Begleitererscheinung zum lustigen Karneval, und der war mit seinen Karrenwagen nun einmal Trumpf in diesen drei wilden Tagen.

Gegen sechs Uhr des Morgens hatten die Wirtschaften sich geleert, nachdem die Musik um drei Uhr zur wohlverdienten Ruhe sich zurückgezogen hatte. Nur einige besonders Schhafte, die des Vergnügens nie genug haben konnten, hockten noch auf den Bänken und stierten mit glässigen Augen vor sich hin. Andre grölten mit heiseren Stimmen endlose Verse von immer demselben Lied, das sie immer wieder von neuem anstimmten. Bongen Joseph hatte die Schanz Riesplendide traktiert mit Bier und Kuchen, aber immer wieder verlangte sie mehr zu trinken, und immer wieder schob sie sich wie toll und wild mit ihm im Kreise, bis sie schließlich raumelnd an seine Brust sank und trunken lachte:

„Weißt du ich genug — nu bring mich hänn!“

Da hatte er sie unter den Arm genommen und war mit ihr fortgegangen nach dem ärmlichen schmütigen Bäcker. Die Gloden zur Frühmesse wedete alle aus ihren weinseligen Träumen. Verischlafene und halbbetrunkene wandernde Gestalten erschienen auf der Straße, als der Trompeter von der einheimischen Kapelle das Signal zum Sammeln blies. Nun teilten sich die beiden Musikfords und setzten sich an die Spitzen der beiden Rüge, in deren ersten die Junglinge tritten und in dem zweiten die Mädchen folgten.

(Fortsetzung folgt.)

### Auf vulkanischer Erde

#### Roman von Emmi Eiert

Bongen Joseph tritt an ihr vorbei und wollte eben in die Wirtschaft eintreten, da hielt die Ries ihn an und fragte gespannt, ob er denn den Matthis nicht gesehen hätte, den Bongen Matthis.

„Rein, gesehen hatte er ihn nicht, aber gehört, daß er in der „Binde“ tanzt.“

„Wat — de dankt? um in de „Binde“? Wit wen denn?“

„Wit mei Lanten!“

„Wit dei — habaha! mit dei Lanten? Wit dat nit Mensch?“

„Ja, u hatte der Joseph gehört.“

Die Ries zog ihn am Ärmel — da wollten sie doch einmal tuchen gehen! Aber er blieb unentschlossen stehen — um in der „Binde“ zu tanzen, dazu hatte er kein Geld.

„Wozu denn auch — nu tuchen wollten sie gehen —! An sichtbarer Erregung zog sie ihn am Arm mit.“

„Wenn er sie sitzen gelassen hätte! Das wäre ja schändlich, ganz schändlich von ihm, sagte der Joseph.“

„Sie wollte es ihm auch nicht raten! Und um so ein altes „Mensch!““

In der „Binde“ war daselbe rege Leben und bunte Treiben wie in der Wehgewirtschaft, nur hatten sich hier auch die Honoratioren als Zuschauer eingefunden. Einige Hotelwirte und Beamte, die mit ihren Familien alle um einen großen Tisch versammelt waren. Nur der Barrer sah mit dem Doktor und noch einem Herrn am kleinen Seitentisch zu einer Skatpartie vereinigt.

Die Musik machte gerade eine längere Pause. Als die Ries mit dem Joseph eintrat, kam der Matthis eben mit einer Flasche Wein vom Büfett her und wickelte sich mit dem bunten Taschentuch den Schwanz von der Stirn.

„Li je — dat Geel!“ sagte er, offenbar unangenehm überrascht, als er dicht vor ihr stand. „Wit de da gekommt für mich zu lach?“

„No, dat sein ich!“ Junfernden Auges schaute sie ihm in das vom Lachen errötete Gesicht.

„Ich han mich anners belonn, Dies. Wit awer könne doch nit gefreit geben, mei Mutter will dat nit han.“

„Mit, dau Schmachtkappes, de für alles sei Mutter fragen geht! Ei, do häfft se doch ooch sollen fragen für dat, was in de Nacht is passiert, wo de uf Hillensfeld wart!“

„Am jähren Farbenwechsel erleichte er, aber nur einen Augenblick, dann sagte er äußerlich ruhig:

„Mänt de da, wie mir awer aufkam in! Groß han gelach?“

„Dähte ein Mied ihn töten können, er wäre wohl auf der Stelle umgesunken, so drühend auckte es in ihren Augen auf. Der Bongen Joseph grinste sie von der Seite an und sagte: „Nu fud ehl!“

Hornegrot im Gesicht rief sie dem Matthis zu:

„Bedriß dau mich — verkänn dau mich —! wart, ich sein eweil noch elao! Kimm dich in aakt!“

Kurz wandte sie sich um und hastete dem Ausgang zu. Bongen Joseph folgte ihr, so schnell er durch das Gedränge sich schieben und stoßen konnte, und erreichte sie erst auf der Straße.

„Dies dau —“ rief er sie an. Sie wandte ihm das von Blut und Weger entstellte Gesicht zu und erwiderte ättig, er sollte sich vergewissern — was wollte er denn noch?“

„Ei, sie sollte doch nicht so böse sein wegen den Matthis! Den sollte sie doch nur laufen lassen. Er, der Joseph, hatte doch noch kein Mädchen, da konnten sie ja zusammen tanzen gehen.“

Unschlüssig blieb sie stehen und sah dem Joseph mißtrauisch in das freche Gesicht, in dem der Bart noch kaum über der Oberlippe sproßte.

Er redete ihr zu — er würde so gern mit ihr tanzen und würde sie auch traktieren — er hatte ja Geld! Li je — was hatte er Geld!

Dann sollte er ihr erst ein „Kassennännchen“ borgen, sie brauchte das, um etwas zu kaufen, sagte sie mit wüßlichen Entschluß.

„Erst wollte er wissen, ob sie denn auch mit ihm tanzen ginge.“

„De — die ganze Nacht! — Ihre Augen funkelten in wildem Feuer, als er ihr die verlangten paar Groschen in die Hand zahlte.“

\* Gänsehautgeplätschen.

7. Juli 1926

7. Juli 1926



Dresdner Chronik

Marne Sturm-Feier bei Erdbbeerbote

Ist. Jemandem war dieser Tage die nachstehende Einladung zu lesen:

„2. Grenadiere“
Sonntag den 3. Juli 1936, abends 8.30, Landhofsstraße 8, I.
Marne Sturmfeier
Major Reinhold:
„Regiments-Erinnerungen.“
Der Verein liefert Erdbbeerbote. Auch Richtkämpfer sind herzlich dazu eingeladen.

Eine nette Dreieinigkeits hat sich da zusammengefunden. Einer wird der Major von Vaterland und Schützengraben-gemeinschaft heißen. Noch urdeutlicher Art wird man dann trinken, Hurra brüllen und in selbiger edler Volksgemeinschaft sich in den Armen liegen.

Doch — Herr Major, wir wollen uns ein wenig erinnern. Vergessen Sie bei Ihrer Rede nicht die fürchterlichen Strapazen der endlosen Märsche bei Tag und Nacht, als wir halbverbrannte Dörfer eroberten. Es ist immerhin ein schönes Stück Erde da an der Marne. Aber wir haben es nicht umsonst, gerichtet und zerstört.

Herr Major, es hat Ihnen sicher damals sehr gut gefallen, sonst könnten Sie heute nicht bei Erdbbeerbote von Erinnerungen sprechen. Vielleicht gedenken Sie auch der Stunden, in denen die verlauchten und vermerbten Kompanien tagtäglich aus den Schützengraben gejagt wurden. Bögernd aßen sie vor, und trotzdem „baten“ dieselben — allerdings um im Geeresbericht — „am Feinde bleiben zu dürfen“. Oft haben wir in den Dreieckern gefauert, beraten und uns gefragt: „Wie kommen wir aus diesem Schlammloch heraus?“

Der liebe Gott schickte uns statt des gnädigen Sieges blutige Granaten — die erlösten viele von allen Qualen „ins Vaterland“.

Herr Major, vielleicht feiern Sie auch den strategischen Wagniszug von 1918. Vergessen Sie bitte nicht die vielen Kämpfer, die elend bluten und sterben mußten und im fremden Lande verdarben. Haben Sie damals die Leute von den Wägenverfern gesehen, die durch Kolletreter derichtet am Boden lagen, verbrannt und verwest von der glühenden Luft-luonne? Im leblosen Fleisch trock das widerlichste Bewußtsein.

Ach, es ist so süß, für das Vaterland zu sterben.“

Herr Major, denken Sie weiter bei Ihren Erinnerungen an die verstorbenen Mitglieder Ihrer Kameraden, die von den Seitenbomben der feindlichen Flieger überfallen wurden. Denken Sie an die wilden Schreie der Menschen und Tiere, an die verlassenen Augen der von Gas vergifteten Soldaten, die zurückgewandten und irgendwo im Kampfgelände kraftlos zusammenbrachen.

Herr Major, vergessen Sie nicht die jahrelange ver-langenden Fleißarbeiten, die Urlaubsjahren und „son-tigen vaterländischen Wohltätigkeiten.“

Denken Sie ferner an das wochenlange erbarmungslose Wüten wunderbarer Kriegskunst mit Eisenhagel und Tränen-gas, an die jahrelangen Arbeitshärdt uniformierter Kulturmenschen. Lassen Sie die Leiden zum Vorabend sich antreten: seien Sie verichert, es würde auch für Sie ein ähnlicher Anblick sein: wenn alle Ihre vielgeliebten zweiten Grenadiere in langsamem Trotz ihrer Gebeine daherkämen, alle Opfer des Marne Sturmes. Und manchen Stabshelden würde das: „Es war doch eine schöne Zeit, Herr Kamerad“, im Knie stecken bleiben.

Marne-Sturm-Feier — blutige Erinnerungen an eine verlorene Schlacht. In den Gehirnen der Frontkämpfer ge-darben sie die Aufschrei gegen die eingebrüllte Brutalität. In der Marne brach sich das Schicksal von Front und Heimat. Die Toten blieben auf der Wühlstatt, die Lebendigen waren voller Schauer die blutigen Waffen von sich und griffen mit verlangenden Herzen nach den glühenden, reinen Waffen des Geistes.

Als wir in jener Julinacht aus den Gräben stiegen, als Himmel und Erde ausbrühten in gewaltigem Ringen — ein rasendes Gewitter war die göttliche Hilfe bei dieser blutigen Kulturarbeit —, da ahnten wir nicht, daß aus diesem Chaos von Blut und Eisen der Anfang einer neuen Weltentwende entstehen könnte.

Herr Major, wenn Sie die Gläser füllt, dann ver-lassen Sie nicht in Ihrem Loast die Worte: „Blut ist dicker als Wasser.“

Lassen Sie sich es gut schmecken beim Getriebe Louender Gefellener — denn die Teilnehmer der Kameradschaftstafelnde mit Erdbbeerbote und dem Hurragegrüll der Richtkämpfer können das tragische Geschick der Marne Schlacht in seiner blutigen Größe nie ermaßen.

Ausbau des Dresdner Stromverteilungsnetzes

Die Zulieferung des elektrischen Stromes an die Abnehmer zur Versorgung mit Licht und Kraft erfolgte seit Bestehen der städtischen Elektrizitätswerke mit Spannungstrom bei einer Verteilungsspannung von 3000 Volt.

Der Bedarf von großindustriellen Abnehmern stieg bereits vor dem Kriege zur Anlage einzelner Kabel für Drehstrom von 10000 Volt. Der fortgesetzte steigende Energieverbrauch stellte die städtischen Elektrizitätswerke nach der In-tensivierung vor die Aufgabe, außer den Anlagen für Erzeugung und Bezug auch die Stromverteilungsanlagen auszubauen und zu erweitern. Zu diesem Zwecke wurde planmäßig dem vorhandenen, in Verteilungsbezirke aufgeschalteten 3000-Volt-Einsphasen-ein Drehstromnetz mit 10000 Volt Spannung überlagert; während ursprünglich das gesamte 3000-Volt-Netz vom Westend aus getrieft wurde, erfolgte nunmehr die Speisung des Netzes von einer Reihe neu er-richteter und noch zu errichtender Umspann- und Verteilungs-stellen, in denen die Umwandlung von 10000 auf 3000 Volt und die Aufteilung des Drehstromes auf Einsphasenstrom vorgenommen wird.

Die erforderlichen Kabelanlagen und die Bauten der Stationen erstrecken sich über das gesamte Stadtgebiet. Straßen-länge müssen aufgetrieben werden, und Plätze werden für die Bauten eingezogen. Die Arbeiten müssen im Sommerhalbjahr vorgenommen werden, da Kabel bei Frost nicht verlegt werden können und die Umspannung von Kabeln während der Monate mit hoher Belastung nicht möglich ist.

Die Umspann- und Verteilungsstellen wurden, soweit es möglich war, außerhalb des Verkehrsraumes errichtet. So wurden die Umspannstationen Böhlendamm und die Verteilungsstellen Kö-nigs-Heinrich-Straße und Ammonitenstraße innerhalb des städtischen Verkehrs- und Schienenplatz vor dem Elektrizitätswerk auf die An-nahmestellen öffentlicher Plätze angewiesen. Der größte Teil dieser Anlagen wurde unterirdisch gebaut, nur die Transformator-entzungen und Einspeiseräume sind oberirdisch angeordnet.

Während der Bauzeit, die sich im letzten Sommer un-vohergesehen lange hinauszog, mußten vorübergehend die Grün-plätze der Plätze in Anspruch genommen werden. Am Kö-nigs-Heinrich-Block und am Böhlendamm konnten sie bis Ende April wieder in-

Ratschläge für Kleingärtner

Gartenarbeiten im Monat Juli

Auch im Juli rücken wir unser Hauptaugenmerk darauf, den Garten weiterhin sauber zu halten. Dazu gehört jetzt in erster Linie, daß wir die abgemessenen Beete sobald als möglich frisch düngen, umgraben und neu besäen oder bepflanzen. Gedüngt wird am besten mit verrottetem Dünger oder Kompost. Derselbe dürfen wir es nicht unterlassen, fleißig zu hacken und dem Anfrat auf den Beis zu rüden.

Salat, Endiviensalat und Kopfsalat, ebenso Radishes und Winterreiselbe werden angelegt. Auch Spinat noch. Nun werden auch die letzten Buchholzwurzeln gelegt. Derselben werden zum letzten Male Kohlrabi gepflanzt. Derbsalaten werden aus-gewählt.

Grünt Kohl, Rosenkohl, Wirsing und später Blumenkohl wei-der ausgepflanzt. Wurmkohl braucht besonders viel Wasser, wozu es ihm so, falls die Witterung so bleibt, in diesem Jahre nicht fehlt wird.

Auf Spargelbeeten wird der Dünger noch eingegraben, außerdem gehen wir mit Jauche oder geben Schieferlaster. Abgereinigte Erbsen, und Zwiebelbeete graben wir um und bepflanzen sie entweder mit Stiefmütterchen oder Derbsalaten. Ge-würzkräuter werden abgeschnitten und getrocknet.

Gurken und Tomaten werden — am besten flüssig — ge-düngt. Dabei verzichten wir auf folgende Weise: Wir düngen möglichst an heißen, regnerischen Tagen. Anfangs in der Woche ein bis zweimal mit verdünnter Kuhjauche. Späterhin werden wir wöchentlich drei- bis fünfmal mit unverdünnter Jauche düngen. Die Düngung werden wir so lange fortsetzen, bis wir feststellen, daß der Trieb der betreffenden Pflanze aufhört. Es bilden sich keine neuen Früchte mehr. Wir lassen die angelegten Früchte ruhig ausreifen. Bei Gurken sowie bei Tomaten ist es dann Zeit, die Triebspitzen wegzuschneiden, um so ein schnelleres Ausreifen der vorhandenen, aber noch unreifen Früchte zu er-reichen. Dasselbe gilt auch von Kürbissen. Ich lasse an jeder Kürbis-pflanze je nach ihrem Wuchs ein, höchstens drei Früchte stehen. Sie sind dann aber auch entsprechend groß und reifen bestimmt aus.

Erbsen werden jetzt erntet. Die jungen Pflanzen, die man im August zu pflanzen gedenkt, bringt man entweder in leer-stehende Reihen oder pflanzt sie auf Freilandbeete. Das kann ganz dicht geschehen, sozuziagen Pflanze an Pflanze. Die jungen Ausläufer sollen ja hier nur ein möglichst hartes Wurzel-system bilden, um mit dessen Hilfe schneller anzukommen. Die Gefahr des Ausfrierens über Winter ist dann bei weitem nicht so groß, als wenn die jungen Pflanzen gleich auf die eigentlichen Beete gesetzt worden wären.

Im Späterobstgarten wird mit dem Pflanzieren oder dem Sommerchnitt (siehe den Juniartikel über diesen) fort-gesetzt. Die Triebe werden regelmäßig angeholet. Das beste Mittel gegen den Rebhau am Wein ist Schwefel. Die Frucht-ruten am Weinstock werden gefolgt (entripelt) und die sich ent-wickeln den Triebe entfernt.

Im Obstgarten lassen wir die abgeernteten Früchte feinstens liegen. Diese Früchte sind meist madig, und liegen wir sie liegen, dann gelangen die Insekten wieder auf die Bäume und somit auch in andere Früchte. Wir lesen Kohlrabi daher rechtlich auf. Anhandet bekämpfen wir die Obstschadlinge durch Aufhängen von Fangschälern und Anlagen von Raupensangegittern. Zeit der Rebenreife, so muß dessen Bekämpfung be-sonders energisch betrieben werden. Ist er doch der gefährlichste Feind der Obstbäume. Eine erfolgreiche Bekämpfungsart ist folgende: Am Abend legt man Tücher breit und flügellos darüber an. Die Käfer umschweben nun das Licht und fallen, nachdem sie sich die Flügel verbrannt haben, auf die Tücher, wo sie dann leicht abzulesen und vernichtet werden können. Diese Be-kämpfungsart kommt besonders für die Kleingärtner in Frage, während sie für den Großbetrieb recht unrentabel erscheint.

Handgepflanzte, am Gassenspaz befinden sich diese Arbeiten noch in der Durchführung.

In nächster Zeit wird mit dem Bau einer weiteren Um-spansstation in einem Rathausort — also außerhalb des öffentlichen Verkehrsraumes — und einer Verteilungsstelle am Koenigsplatz begonnen. Zur Verbindung dieser Anlagen mit dem Westend ein-zelnen und der Umspannstationen Sachsenplatz werden durch das Stadtinnere: durch die Marktstraße, Ringstraße, Postplatz, Scheibergers Platz, Bettendorfer Platz, Kabel verlegt. Diese Arbeiten sind vom Sommer an im Gange und sollen so schnell als möglich beendet werden. Auch die geplanten Schaltstellen werden in der Hauptsache unterirdisch angelegt, im Straßenschnitt wird nur bei der Schaltstelle Vorkrieg ein kleiner Einbaueinbau in Anspruch an das bereits bestehende Verkehrröhrenden, in Erscheinung treten.

Waldfriedhof „Junge Heide“

Der Kaufvertrag zwischen Staat und Stadt

Zwischen dem Staat und der Stadtgemeinde Dresden ist nunmehr vorbehaltlich der Zustimmung des Landtages und der Stadtverordneten ein Kaufvertrag geschlossen über die Abgabe einer rund 78 Hektar großen Fläche der zum Staatsforstverwalterschaft gehörigen sogenannten „Jungen Heide“ an die Stadtgemeinde Dresden zur Errichtung des geplanten Waldfriedhofes vereinbart worden. Die genaue Flächenangabe ist noch festzustellen. Die in Frage kommende Fläche wird begrenzt durch die Schwefelstr. 28, dem Eisenbahnweg und zwei Linien, die im Abstand von 40 Metern parallel zur Reuländerstraße und der Dresden-Mohrburger Staatsstraße verlaufen, durch die Reuländerstraße bis zur Reuländerstraße und der Staatsstraße entsprechende Straßen als Randlinien festzulegen. Vom noch feststehenden Kaufpreis sind 1 Million Reichsmark beim Kaufabschluss, je 100 000 Reichsmark Kaufpreis 1937 bis 1936 und der Rest Kaufpreis 1936 an die Landes-regierung zu überreichen. Die jeweilige Restsumme ist mit 6 Prozent zu verzinsen. Für die nötig werdende Verlegung der über die Kauffläche verlaufenden Wege soll die Stadtgemeinde eine sofortige Entschädigung von 31 700 Reichsmark an den Staats-schatz leisten. Soweit es sich um eine Verlegung des öffentlichen An-nahmes handelt, hat die Stadt die Genehmigung des Reichsland-schafts herbeizuführen. Die Stadt verpflichtet sich, die Fläche nicht zu anderen Zwecken als zur Anlage eines Friedhofes oder eines öffentlichen Erholungsplatzes oder zur Bewirtschaftung als Wald zu benutzen. Auf dem Gelände dürfen nur Gebäude, die für den un-mittelbaren Betrieb des Friedhofes nötig sind, wie Pflanzschalen, Hallen, Krematorien, Eingangsgebäude, Verwaltungsgebäude, Woh-nräume für die Friedhofswächter usw., errichtet werden. Mißlingen oder gewerblide Bestattungen dürfen in die Gebäude nicht ein-getragen werden. Neben diesen wichtigsten Vereinbarungen enthält der Vertrag noch alle sonst in Betracht kommende Fragen regelnde Bestimmungen.

Verkehrstagung für die Sächsische Schweiz

Die vom Verkehrs-ausschusse des Dresdner Ver-kehrsbereins am Donnerstag abgehaltenen Verkehrs-tagung für das Gebiet oberhalb Dresden, die Sächsische Schweiz und das Ostergelände, war durch die Gemeinder und sonstigen Interessenten dieser Gebiete zahlreich besucht. Vom Vorstehenden wurde bekanntgegeben, daß ein großer Teil der auf der Tagung im Oktober 1935 genehmigten Wünsche erfüllt worden ist. Der Nachplan der Ber-sonen-dampfschifffahrt auf der Elbe hat eine wesentliche Erweiterung erfahren. Es bestehen jetzt in jeder Richtung täglich zwei-Elbfahrer. Auch offizielle Fracht-dampferfahrten wurden

Bei der Düngung von Obstbäumen mit flüssigem Dünger (Jauche) verfahren wir in der Weise, daß wir im Herbst bei Kronenreife höher in den Fäden schlagen und die Jauche da hineinschleppen. Noch besser ist es, wiederum in der Höhe der Kronenreife, einen Graben rings um den Baum zu ziehen und in diesen Graben die Jauche zu gießen.

Die Nelke jüngerer, stark mit Früchten behangener Bäume trägt man dadurch, daß man eine starke Stange durch die Krone gehen läßt und an diese Stange die stark fruchtbearbeitete Nelke mit Kolofid andrückt. Bei älteren Bäumen muß man die einzelnen Äste stützen. Die Nelke des Beerenobstes beginnt jetzt. Die abgetragenen Stängel werden abgeschnitten. Sie haben ihren Zweck erfüllt und werden doch im kommenden Winter absterben.

Die Frage, wie überhaupt der ganze Garten sauber zu halten. Die Erntebefälle kommen auf den Komposthaufen, der in jedem Kleingarten vorhanden sein sollte. Gedüngt hat der Kompost, den wir aus dem Komposthaufen nach einer bestimmten Zeit gewinnen, zu den besten Kompostarten nach einer bestimmten Zeit so angelegt, daß genügend Platz bleibt, um ihn von Zeit zu Zeit umstochen zu können, was zur Bakterienbildung unbedingt nötig ist. Beim Umstochen wird Schicht für Schicht festgestampft und dabei möglichst Kalk — auch dieser schichtenweise — eingestreut. Dieser Kalk trägt viel zur Verminderung der Schädlinge im Kompost bei. Auch Asche können wir dem Komposthaufen beigeben. Ge-jauht wird von der Kalkzugabe gestrichelt.

Im Kleingarten werden die abgetragenen Rosen regel-mäßig entfernt. Wollen wir eine reiche zweite Blüte erzielen, so ist es notwendig, die Rosen nach der ersten Blüte fast zurückzu-schneiden und zu düngen. Ende des Monats wird bereits auf das Pfälzende Auge aufzukehren.

Stauden setzen wir nach der Blüte, desgleichen werden Stauden jetzt angepflanz. Gladiolen und Dahlien setzen wir an Stauden.

Von Sommerblumen seien wir Stiefmütterchen, Nelken, Bergamotenteich, Malven für das nächste Jahr aus. Radelhölzer werden bei länger Trockenheit mit reinem, kaltem Wasser abgepflanz. Auch beginnt man bereits an frühen Tagen mit dem Verpflanzen von Radelhölzern. Die beste Pflanzzeit für Radelhölzer sind besonders die Monate April/Mitte Mai und August/September. Im März schon zu pflanzen, wäre nicht ratsam, weil der März austrocknend, kalte Winde bringt, die den neugepflanzten Bäumen sehr schaden können. Am allgemeinen gilt die Regel: in sonniger, trockener Lagen Herbstpflanzung, in feuchtem, schattigen Boden dagegen Frühjahrspflanzung.

Von den Blühenpflanzen, die im Garten ganze An-turen zu vernichten imstande sind und deren Bekämpfung man sich daher besonders zur Pflicht machen sollte, will ich kurz folgendes diesem Artikel hinzufügen: Blühenpflanzen auf den Kulturpflanzen pflegen in der Regel nur dann einen größeren Umfang anzu-nehmen, wenn bereits beim Anbau Fehler gemacht wurden. Im-folge der Blühen zu verhindern, sollte man auf folgenden: Man solle nur einwandfreie, gesunde Saatgut, insbesondere bei den Hüllfrüchtigen und Kartoffeln in Vorzüge geben. Ferner hane man nur solche Obst- und Gemüsearten an, von denen man weiß, daß sie sich für den betreffenden Boden und das Klima eignen. Wichtig ist es auch, einen regelmäßigen Fruchtwechsel vorzu-nehmen. Außerdem verwende man nach Möglichkeit die frischen Dünger, sondern verrottenen. Und dann bei der Boden- und Baum-pflanzung keine Mäße gescheit.

Pflanz an der Oberfläche der Pflanzstelle, z. B. der acht Reihbau, werden durch Befäulen mit feinstem Schwefelschwefel sicher abgetötet. Wegen dem salzigen Nachbau des Weinstocks, ferner gegen den weitverbreiteten Schorrfäule auf den Blättern und Früchten des Rebenobstes hat sich die Befehlung mit Kupferkalk-brühe als vorbeugendes Mittel gut bewährt. F. G. Buechs.

eingeführt, wodurch zu einem erheblichen Teile der lichte Frucht-bertrieb vom Personentransport getrennt wurde. Versuchsweise hatten an der Gasteile Straße bei Pirna wieder alle Dampfzüge

Die Rettungsmaßnahme, daß die scheidenden Grenzbehörden beim Überqueren der Grenze eine Sonder-geldgebühr von 11 Kronen erheben, auch wenn der betreffenden einen deutschen Grenzpaß besitzt, entspricht nicht den europäischen Verhältnissen, wenigstens soweit das Gebiet der Sächsisch-Poh-lenischen Schweiz in Frage kommt.

Die Reichspost hat Touristenfahrten von Schön-dau aus mit einem 7-tägigen Personennahverkehr eingerichtet. Dieses verkehrt nach der Schweizerseite (Montag und Donnerstag), nach Hinterhermsdorf (Dienstag und Freitag), nach der Raftel (Mit-woch und Sonnabend) und über Hofen nach Stolpen (Sonntag). Zum Herbst wird die Pirnaer Stadtbahn verkehren. Der Fahrplan liegt bereits fertig. Es handelt sich darum, die alte Industriebahn nach der Seitenlinie, die bis nach an das Dorf Wehlen heranzuführt, für den Personennahverkehr zu erschließen. Die Strecke soll elektrifiziert werden. Außerdem soll der Pirnaer Lokalverkehr besonders im Interesse der Arbeiterkräfte verbessert werden.

Dann wurden wieder allerlei Verkehrs-wünsche und be-schwerden vorgebracht. Sie betreffen sich auf die Errichtung einer Fröhrenverbindung Schön-Wehlen, das Halten der Nachtstrecke in Pirna, die Elektrifizierung der Bahn Wehlen-Dresden-Pirna, die Einlegung neuer Wege auf der Strecke Dresden-Schandau usw.

Gefährlicher Jährgang

Wegen Körperverletzung in zwei Fällen und tätlichen An-griffs auf einen in der Ausübung seines Berufes begriffenen Be-amteten fand am 13. Juli 1936 in Gottau Geborene und zur Zeit in Straßfurt befindliche Reisende Kurt D. Schönfelder vor dem Dresdner Amtsgericht. Schönfelder ist wegen Körperverletzung bereits vorbestraft. Das zuletzt gegen ihn ergangene Urteil wurde im März d. J. vom Landgericht Dresden gefällig. Er war damals beschuldigt, seiner zweiten Ehefrau, mit der er jetzt noch in Scheidung lebt und von der er annimmt, sie habe gelegentlich falsche Aussagen erlassen, bei einem Streit eine Hand an den Kopf geworfen zu haben. Die getroffene Frau hat ein Auge eingewirft und auch das andere Auge ist in Mitleidenschaft gezogen worden. Das landgerichtliche Urteil lautete auf ein Jahr Gefängnis. Die jetzige Anklage bezog sich auf zwei Vorfälle, die sich am 12. und 14. Mai d. J. zugetragen haben. Schönfelder sollte an dem er-stgenannten Tage in einer am Münchener Platz anstehenden Ge-richtshandlung als Zeuge fungieren und wurde zu diesem Zwecke aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Am Vorabend des Sitzung-sabends bekam er seine als Juristin erscheinende Ehefrau zu Ge-sicht, was ihn demnach aufregte, daß er auf die Frau ausbrach, wahllos mit Häuten auf sie einschlug und mit dem Fuß nach ihr stieß. Zwei Tage später wurde Schönfelder in seiner Zelle aus dem Gefangenenverwehler aufgeführt und wegen einer Feuersch-eibe, die der Untersuchungsgefängnis in seiner Zelle geschlagen hatte, zur Rede gestellt. Der Verstoß lag dem Beamten und wurde durch ihn am Hofe und führte dann mit ihm zu Boden. Auf die Hilfeleistung des Beamten trug schließlich Unterstützung ein, und Schönfelder wurde überführt. Der Geschlagene trug eine Kopfverletzung des Auges davon.

Der Angeklagte mochte in beiden Fällen der Bereit-zu-wesen sein. Nach abgeklärter Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt vier Monate Gefängnis, und nun erhob der Ver-teidiger, ein vom Gericht befallener Referendar, das Wort. Der Referendar als Offizialverteidiger sah anstehend seine Funktion

Rechtsanwalt Fabrikanten Handlung von Berg. Sonntags Vogelweide hat ein Unbe-nach der Ver-ten im vergange-nen, 1,70 groß-dart, langes Bedeckung. Er-für Angabed-lig bei der A-

Stras-zenbahn-Verkehr-straßen, Kraft-führer Fahr-weise. 8. Jan-Winterver-mach, Stra-



...eine bloße „Barnfische“ an und erklärte, daß er nach dem...

**Gewerbegericht Die Disziplin**

Beförden lassen nicht mit sich spöhlen, wenn die Disziplin in...

Er hatte zwar keinen Grund, diese Drohung auszusprechen...

In diesem Sinne sprach der Betriebsrat zum Gericht. Vor...

Ueber den Mißbrauch von Erwerbslosenunterstützung schreibt...

Die städtischen Kinderheime (Kinderbewohnanstalten) Pater...

Weinheitsplan von Dresden mit Straßenverzeichnis, er...

Realschulverleihe. Nächsten Sonntag die beliebtesten und be...

Straßenbahn- und Kraftstraßenverleihe zur Vogelwiese.

Weiter werden städtische Kraftomnibus-Sonderlinien eingerichtet.

**Dresdner Umgebung**

Amsewitz. Gemeindevorstandesausschuss. Die Vollstreckung...

Amsewitz. Gemeindevorstandesausschuss. Die Vollstreckung...

Amsewitz. Gemeindevorstandesausschuss. Die Vollstreckung...

Amsewitz. Gemeindevorstandesausschuss. Die Vollstreckung...

**Parteinachrichten für Groß-Dresden**

Gruppenleiter und Zeitungsabportiere. Am Mikrophon...

Gruppe Altstadt 6. Heute abend Gruppenversammlung...

Gruppe Kauschwitz. Unsere Gruppe beteiligt sich an dem Empfang...

Gruppe Kauschwitz. Unsere Gruppe beteiligt sich an dem Empfang...

Gruppe Kauschwitz. Unsere Gruppe beteiligt sich an dem Empfang...

Gruppe Kauschwitz. Unsere Gruppe beteiligt sich an dem Empfang...

**Bereins- und Versammlungs-Kalender**

- Bereinsversammlung der Eisenbahn- und Witwen...
Versammlung der Eisenbahn- und Witwen...
Vereinsversammlung der Eisenbahn- und Witwen...

**Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Dresden**

- Achtung! Für alle unter 20 Jahre alten Mitglieder...
Gruppe Strießen-Cl. Heute Freitag gibt Genosse Kurt Röhner...
Gruppe Friedrich-Rentewitz. Treffen Sonnabend (7 1/2) zur...

**Aus aller Welt**

Ueberfall am hellen Tage. Mittwochs nachmittags gegen 3 Uhr wurde in Berlin...

Explosion einer Fabrik. In den Bronzeschmelzwerken A. G. Kempten bei...

**Amliche Berliner Produkten-Notierungen**

Table with columns for commodity names (Weizen, Roggen, Gerste, etc.) and prices.

**Für Cotta und Umgegend liegt unserer heutigen Nummer eine Beilage der Firma Barthe Schuhlager, Cotta, Ockerwitz Straße 53, bei, auf die wir hiermit aufmerksam machen.**

Der Arbeiter - Advertisement for a bicycle with technical details and contact information.

Vertical text on the right margin: Juli 1926



# Großreinemachen bei den Stadtverordneten

## Eine Nachsicht im Stadtparlament — Ein Erfolg der Sozialdemokratie: Krankenhausabteilungen für Naturheilkunde und Biochemie — Ankauf der Sekundogenitur — Bau des deutschen Hygiene-Museums

### Stadtverordnetenversammlung vom 1. Juli 1926

Die letzte Sitzung des Kollegiums vor den Ferien wies eine überaus rege Tagesordnung auf, zu deren Erledigung eine Nachsicht erforderlich war, die bis früh 5 1/2 Uhr hinlief. Es fanden nicht weniger als 60 Vorlagen und Anträge zur Beratung, von denen ein großer Teil, obgleich nur einige davon von erheblicher Bedeutung waren, zu längeren Debatten führte. Nach Eröffnung der Sitzung wurde zunächst von sozialdemokratischer Seite wegen des großen Andranges beantragt, die öffentlichen Tribünen in vollem Umfange freizugeben. Demgemäß wurde auch beschlossen.

Zum Ankauf des Dresdner Stadtfilms und zur Deckung der Kosten seiner Verbreitung im In- und Auslande wurden sofort 6000 M. bewilligt gegen die kommunalistischen Stimmen.

Zu einer Informationsreise zur Geleit in Düsseldorf wurden 15 Stadtverordnete, darunter 3 Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion, abgeordnet.

Dann wurde der Personalausschuß, Vorsitzender Hohl (D. Sp.), gewählt. Zur Geschäftsordnung beantragte Dr. Helm (Komm.) den Ankauf der Sekundogenitur, der als 116. Punkt in geheimer Sitzung behandelt werden soll, in öffentlicher Sitzung zu beraten. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte, in der sich Genosse Köhler für öffentliche Behandlung einsetzte, erklärte der Vorsitzende Dr. Zschäpe, den Antrag laut Geschäftsordnung nur in geheimer Sitzung zur Abstimmung bringen zu können. Abgeschlossen wird über die Verhandlungen ein Bericht an die Zeitungen gegeben werden.

Dann wurden zahlreiche kleinere Vorlagen, meist ohne Bericht und Aussprache, erledigt. Zu den Anträgen der Stadtverordneten auf Errichtung einer Erinnerungshalle an die im Weltkrieg Gefallenen auf dem Grundstücken der Feuerbestattungsanstalt, teilte der Rat mit, daß wegen der beschränkten Raumverhältnisse im Krematorium dem Antrage nicht entsprochen werden kann. Das Hochbauamt habe auch eine Gedächtnisstätte in Form einer Erholungs- oder Sportanlage für zweckmäßiger.

Ein Antrag Berner (Komm.) auf Unterstützung der Erwerbslosen und Kurzarbeiter durch Erhaltung des vollen Mietbetrages, der Kosten für Gas- und Stromverbrauch usw. sollte an den Prüfungsausschuß verwiesen werden. Da das eine Verschleppung bedeuten würde, beantragte Genosse Finklerbush sofortige Schlussberatung.

Genosse Köhler setzte sich für die Annahme des Antrages ein, was besonders auf die notwendige Einhaltung des Stadtvorstandesbeschlusses vom Dezember 1925 hin und betonte, daß immer wieder dritter Klagen der langjährig Erwerbslosen und Kurzarbeiter über die Abnahme der Zahl der Erwerbslosen und Kurzarbeiter, die im Vergleich mit den entsprechenden Zahlen der Vorjahre eine Abnahme zeigen, die im Vergleich mit den entsprechenden Zahlen der Vorjahre eine Abnahme zeigen, die im Vergleich mit den entsprechenden Zahlen der Vorjahre eine Abnahme zeigen.

Stadtverordneter Richter betonte, daß die reichsgerichtlichen Bestimmungen über die Erwerbslosenfürsorge eingehalten werden müssen. Darüber hinaus werde auf dem Wege der Individualfürsorge ergänzende Hilfe gewährt.

Nachdem Stadtverordnete Hohl, Frau Stadtverordnete Wetzengel (Komm.) und Stadtverordnete Köppen zur Sache gesprochen hatten, beantragte Genosse Finklerbush eine Abänderung in dem Sinne, daß den langjährig Erwerbslosen und Kurzarbeitern nur weniger als 3 Tagen Arbeit auf dem Wege der Individualfürsorge die Unterstützung im Sinne des Antrages Berner gewährt wird.

Stadtverordnete Sonntag (Nat. Fr.) verwarf dem Antrage nicht zustimmen. Stadtverordnete Berndt (Dem.) wollte nicht ohne weiteres die Errichtung der vollen Rente, sondern nur die zur vollen Rente und stellt einen entsprechenden Abänderungsantrag. Der Antrag Berner wird unter Zugrundelegung der Abänderungsanträge Finklerbush und Berndt gegen die Stimmen der Deutschnationalen angenommen.

Ein anderer Antrag, den Rat anordnet zu erlassen (zum mindesten), die Haushaltsplanmäßige schließende Betriebsbeamtenstellen der händischen Strafanstalt (Schaffner, Führer, Oberschaffner usw.) baldmöglichst im vollen Umfange zu besetzen, wurde einstimmig angenommen. Das Kollegium gab der Erwartung Ausdruck, daß dem gefällten Beschlusse nunmehr baldigst entsprochen werde. (II)

### Ein sozialdemokratischer Antrag

Einstimmig angenommen wurde ein Antrag Hohl und Genossen (Soz.), der den Rat ersucht, a) den bei den Vorbereitungsarbeiten für den Volksentscheid beschäftigten Ausschüßangehörigen für die geleisteten Vorkosten die gleiche Bezahlung zu geben wie den Arbeitslosen, b) für die 30. Juni bis zum 1. Juli 1926, um die Wahlkosten richtigzustellen und für die Landtags- und Kommunalwahlen rechtzeitig vorzubereiten.

Zwei weitere Anträge, die die Rückgängigmachung der am 15. Juni 1926 erneut ausgesprochenen Kündigung der Hilfsarbeiter beim Staatlichen Amt und die Gewährung eines angemessenen Urlaubes an die Angestellten dieses Amtes forderten, fanden ebenfalls einstimmige Annahme.

### Eine homöopathisch-biochemische Krankenhausabteilung

Die Errichtung einer Sonderabteilung für Naturheilkunde und Homöopathie in einer händischen Krankenanstalt beschloß die nach erfolgter Ausschüßberatung erneut das Kollegium. Nach dem Vorschlagsgutachten soll der Rat ersucht werden, a) die in den Krankenhäusern bestehenden physikalisch-diätetischen Einrichtungen auszubauen, b) eine homöopathisch-biochemische Krankenhausabteilung einzurichten und diese unter der Leitung eines entsprechend ausgebildeten Arztes zu stellen. Dem Stein ins Rollen gebracht hat ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, der am 26. September 1925 eingebracht worden ist. Schon damals geht hervor, daß die Behandlung des Antrages von der bürgerlichen Mehrheit reichlich lange verschleppt worden ist.

Der Berichterstatter, Genosse Geisler, gab als gründlicher Kenner der Materie, in längeren Ausführungen ein anschauliches Bild von den Zustandsverhältnissen und von den vielen Schwierigkeiten und Beschäftigten, die von den Andersgestellten einer energiegelichen Bekämpfung der Angelegenheit entgegenzusetzen sind. Bekanntlich hat auch eine Volksversammlung in den Annalen die bestmögliche Durchführung des sozialdemokratischen Antrages gefördert. In Dresden gibt es etwa 60000 Anhänger der naturgemäßen Heilmethode. Die in Zukunft gesammelten Erfahrungen können die Durchführbarkeit des Antrages und den hohen Nutzen für die Allgemeinheit. Geisler ersuchte um einstimmige Annahme des Ausschüßgutachtens.

Der Deutschnationaler Sonntag wartete mit einem Widerspruch aus, mit dessen Einzelheiten, da sie sich in der wesentlichen im Sinne des sozialdemokratischen Antrages bewegen sich auch Geisler inwieweit unterstützten erklären konnte. Der Vortrag war und die bei dieser Gelegenheit auch geforderte Gewährung eines Tagungsurlaubes, angelehnt an entsprechende Bestimmungen mit der homöopathisch-biochemischen Krankenhausabteilung zu tun haben soll.

Die Demokrata Dr. Snel sprach vom rein homöopathischen Standpunkte und gab ihre Begierde zum Ausschüßgutachten

mit der Bemerkung zu erkennen, die homöopathischen Ärzte sollten selber eine solche Klinik aufmachen.

Stadtverordneter Tempel stimmte dem ersten Teile des Ausschüßgutachtens zu, ersuchte aber den zweiten Teil abzulehnen, hauptsächlich der Kosten wegen, die, da neue Räume beschaffen werden müßten, auf 700 000 Mark zu schätzen seien.

Genosse Geisler erwiderte, daß bei vernünftiger Zusammenlegung der Kranken und bei reichlichem Durcheinander des Platzes ein Neubau nicht notwendig sei, vielmehr die Möglichkeit bestehe, mit den vorhandenen Mitteln auszukommen.

In der namentlichen Abstimmung wurde der Teil des Minderheitsgutachtens, in dem gefordert wird, nach Erledigung geöffneter Maßnahmen freigegebenen Raum für eine homöopathische Abteilung bereitzustellen (also nicht sofort! D. Ver.), mit 35 gegen 31 Stimmen abgelehnt und darauf das Ausschüßgutachten unter a) einstimmig, unter b) mit 35 gegen 32 Stimmen angenommen. Das Abstimmungsergebnis wurde von der Linken mit Protestrufen aufgenommen.

Dann begründete Genosse Hohl einen Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, im Wege des Härteausgleichs das männliche Pflegepersonal, das am 1. April 1925 10 Jahre im Dienste war, nach Gruppe V zu befordern, um möglichst eine Gleichstellung mit dem weiblichen Pflegepersonal herbeizuführen. Der Antrag ging an den Personalausschuß.

Ein kommunistischer Antrag forderte die Aufhebung der neuerdings erlassenen rigorosen Bestimmungen über die Arbeitsverhältnisse der Polizeiarbeiter an Kadaverplutrinne und unständige Behandlung der Arbeiter durch die ausführenden Firmen.

Der Direktor des Arbeitnachweises, Dr. Kerschmann, begründete die Ausführungen des Stadtv. Wagner aus der Luft geflogen. (Lärm links.) Von den Vertrauensleuten seien keine Beschwerden geltend gemacht worden. Deshalb könne der Arbeitsnachweis von sich aus nichts unternehmen. (Lärm links.)

Genosse Robert Fischer beantragte, den Antrag in sofortige Schlussberatung zu nehmen. Darauf wurde der erste Teil des Antrages mit 34 gegen 32 Stimmen abgelehnt, der zweite Teil aber gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

In der 2. Morgenstunde trat das Kollegium in die Beratung mehrerer kommunistischer Schulanträge ein, die längere Zeit in Anspruch nahmen. Eine endgültige Entscheidung wurde noch nicht gefaßt.

Die Kommunisten beantragten weiter die Bewilligung von 2000 M. für den Notenkongress am 1. September in Dresden. Der Antrag wurde nicht genügend unterstützt und fiel damit ohne weiteres unter den Tisch.

Der Verlegung des Christmarktes in der Altstadt aus dem Platz nach dem Neumarkt und in der Richtung von der Neumarkt nach dem Wilhelmplatz ist aus verkehrspolizeilichen Gründen vom Polizeipräsidenten angefragt worden. Ein Zusatzantrag Großmann trat für eine teilweise Verlegung des Christmarktes auf dem Neumarkt ein; er wurde angenommen, im übrigen fand die Vorlage Zustimmung.

Bei den Haushaltspropositionen: Feuerwache, Feuerpolizei und Gendarmerie, beantragte der Personalausschuß die Erhebung der Feuerwachen für 1926 nach 80 Prozent des tatsächlichen Aufwandes. Dieser Antrag wurde jedoch abgelehnt, was allerdings nur möglich war, daß die Kommunisten und die Demokraten mit der Rechten stimmten und sich so wieder einmal als Beschützer der Hausbesitzerinteressen aufwießen. Die Stadtrat Köppen ausdrücklich feilschte, bedeutet der Beschluß nur die Abschaffung der Erhebung dieser Steuer von 60 auf 80 Prozent.

Dem Schultze beantragten die Kommunisten die Einstellung von 500 000 M. als erste Rate für den Bau eines Berufslehrgeldhauses. Der Antrag wurde von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt.

### Die vom Religionsunterricht befreiten Kinder

Genossin Hornauff unterbreitete als Berichterstatterin des Prüfungsausschusses folgendes Gutachten:

„Kollegium wolle beschließen, bei der Landesregierung vorzulegen zu werden, 1. daß alle vom Religionsunterricht befreiten Kinder während des Religionsunterrichts in besonderen Schulen zusammengeführt werden, 2. daß den vom Religionsunterricht befreiten Kindern eine Beteiligung am Schulbetrieb nicht angeschlossen werden darf.“

Ein vom Genossen Hammer gestellter Zusatzantrag, der von der Berichterstatterin in das Gutachten aufgenommen wurde, hatte folgenden Wortlaut: 3. daß das Schulgebiet nur innerhalb der Religionsstunden zulässig, mindestens aber so zu legen ist, daß eine Verletzung der gesetzlichen festgelegten Unterrichtszeit nicht eintritt.

Der Volkspartei und christliche Gewerkschaftsführer Bögel teilte diesen Zusatzantrag ab und beantragte dafür, dem Gutachten als dritten Punkt anzufügen, daß die Landesregierung mit Nachdruck beim Reich für die baldige Schaffung eines Reichsschulgesezes mit Sicherung der christlichen und der weltlichen Schule eintritt.

So kam zu einer längeren Debatte, in der Genosse Bögel die Auffassung der Sozialdemokratie in dieser Frage darlegte. Der Antrag Bögel wurde mit 38 gegen 31 Stimmen abgelehnt und darauf der Antrag Hammer mit demselben Stimmenverhältnis angenommen. Im übrigen ging das Ausschüßgutachten durch.

In den frühen Morgenstunden kam die Ratvorlage:

### Erhöhung der Hunde- und der Vergütungsteuer

zur Beratung. Der Personalausschuß beantragte, die Erhöhung der Hundesteuer von 48 auf 60 M. (die Steuer war erst im vorigen Jahre auf 48 M. herabgesetzt worden) abzulehnen, der Vorlage über Abänderung der Vergütungsteuervorschriften dagegen zuzustimmen. Demgemäß wurde beschlossen.

Schließlich wurde noch ein Antrag Hohl, für die Volkshilfe und Berufslosen ausreichend händisches Land zur Herstellung von Arbeitsausgütern zur Verfügung zu stellen, an den Verwaltungsausschuß verwiesen.

Es folgte dann noch eine geheime Sitzung, in der man sich, wie schon erwähnt, mit dem Ankauf der Sekundogenitur beschäftigte.

An die 5 1/2 Uhr früh beendete öffentliche Sitzung der Stadtverordneten schloß sich die nichtöffentliche Sitzung an. Auf der Tagesordnung stand u. a. der

### Erwerb des Grundstückes der Sekundogenitur

(Palais an der Jüngendorffstraße) und die Errichtung eines Hauses für das Deutsche Hygiene-Museum. Die Beratung dieser Angelegenheit erfolgte auf Beschluß des Kollegiums öffentlich, so daß gegen 5 1/2 Uhr die Tribünen der Öffentlichkeit wieder zugänglich gemacht waren. Allerdings zeigten sich die ersten wenigen Besucher erst um 8 Uhr. Die Beratungen wurden durch die kommunistischen Redner mit inhaltlosen Reden, die mit der Materie selbst nichts mehr zu tun hatten, in die Länge gezogen.

Die Vorlage des Rates lautete: a) den Erwerb des Grundstückes der Sekundogenitur (Palais an der Jüngendorffstraße) — 130 720 Quadratmeter groß —, die

Genehmigung des hierüber aufgestellten Kaufvertrages und der mitbewilligten und die Stadtgemeinde nicht belastenden Nebenbedingungen sowie die Bewilligung des Kaufpreises zu Lasten der Anleihe.

b) die kostenlose Ueberlassung einer Fläche von 20 000 Quadratmeter aus dem Grundstück zur Errichtung eines Hauses für das Deutsche Hygiene-Museum und die Bewilligung eines Baukostenbeitrages von 1 Million Mark unter der Bedingung, daß auch der sächsische Staat einen Beitrag von 2 Millionen Mark gewährt, und in der Erwartung, daß das Reich einen gleich hohen Beitrag leistet, sowie unter dem Vorbehalt, daß das Land an die Stadtgemeinde zurückfällt, wenn es für die Zwecke des Hygiene-Museums nicht oder nicht mehr benutzt wird.

Stadtverordneter Schröpel (Komm.) vertret folgendes Minderheitsgutachten:

Eine Ausgabung des Kaufpreises erfolgt nicht eher, als bis die Frage der Fälligkeit abgemacht ist.

Für das Grundstück wird ein Preis von 5 Millionen Reichsmark — 38 Reichsmark pro Quadratmeter bei einer Anzahlung von 1 1/2 Millionen Reichsmark gefordert; vom jetzigen Besitzer mit dem Reichsfiskus gepulvete Verhandlungen haben für das Land an der Ecke Johann-Georg-Allee und Albrechtstraße einen Kaufpreis von 67 Reichsmark je Quadratmeter ergeben.

Die Stellungnahme unserer Fraktion zu der Frage (über die wir in den nächsten Tagen ausführlich berichten) begründete Genosse Köhler, der den grundsätzlichen Standpunkt der Sozialdemokratie zur Erwerbung von Land durch Staat und Gemeinde aus der Hand des Privatbesitzes darlegte. Das Minderheitsgutachten Schröpel gefährde aber den Kauf dieses äußerst wertvollen Landes. Dazu kommt, daß das Minderheitsgutachten durch eine Erklärung der sächsischen Regierung zur Frage der Regelung des Besitzes der ehemaligen Fürsten hinsichtlich ist.

Das Minderheitsgutachten Schröpel wurde gegen die kommunistischen Stimmen abgelehnt. In namentlicher Abstimmung wurde daraufhin das folgende Gutachten mit 50 gegen 12 kommunistische und deutschsozialistische Stimmen angenommen:

- Kollegium wolle a) der Ratvorlage gemäß beschließen und den Kaufvertrag mitbedingen, b) den Rat ersuchen, mit der Dresdner Volkshochschule und anderen Einrichtungen in Verbindung zu treten und zu prüfen, ob das in der Sekundogenitur vorhandene Palais sich für die Zwecke eignet, und den Stadtverordneten innerhalb eines halben Jahres eine Vorlage herüberzugeben, unter welcher Bedingungen und welchen Einrichtungen das Palais zur Verfügung gestellt wird, c) den Antrag Schröpel und Genossen vom 7. Dezember 1925 für erledigt zu erklären.

Schluß der Sitzung nach 13 1/2stündiger ununterbrochener Dauer Freitag früh 8 1/2 Uhr.

### Die Großhandelsrhythizahl

Berlin, 1. Juli. Die auf den Stichtag des 30. Juni berechnete Großhandelsrhythizahl des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem 23. Juni um 1,8 v. H. auf 126,9 gestiegen. Wie wieder angehenden Getreidepreisen erhöhte sich die Rhythizahl der Agrarergänzung um 1,8 v. H. auf 128,5, während die der Industrieerzeugnisse um 1,8 v. H. anstieg. Am Durchschnitt Juni lagen die Agrarergänzung mit 125 um 1,8 v. H. höher und die Industrieerzeugnisse mit 123,7 um 0,2 v. H. niedriger als im Juni. Die Gesamtrhythizahl stellte sich im Durchschnitt Juni auf 124,6.

### Wetternachrichten aus Deutschland

vom 2. Juli 1926  
Station 1 bis 5 von 7 Uhr morgens, übrige Stationen von 8 Uhr morgens

Station	Temperaturen			Wind	Wetter	Niederschlag in den letzten 24 Stunden (Liter auf 1 Quadratmeter)
	7 Uhr morgens	10 Uhr	12 Uhr mittags			
Dresden	16	17	15	WNW	1	3
Riesa	16	19	15	NNO	2	1
Zitt.-Görsch.	16	19	15	N	2	3
Chemnitz	14	14	11	N	1	8
Annaberg	12	15	11	NO	1	8
Fichtelberg	11	10	9	ONO	3	16
Voroden	11	9	8	ONO	5	0,5
Vorkum	17	—	—	O	3	—
Hamburg	18	19	14	NNO	2	1
Köthen	14	21	10	NO	1	0,1
Stwinemünde	17	19	14	ONO	3	1
Danzig	19	19	14	N	3	1
Berlin	18	22	14	NO	3	1
Breslau	17	20	15	NNO	1	3
Frankfurt	17	21	15	NNO	3	4
München	15	17	18	NW	1	4

Erläuterung Betr. Wetter: 0 = wolkenlos, 1 = heiter, 2 = halbbedeckt, 3 = wolfig, 4 = bedeckt, 5 = Regen, 6 = Schnee, 7 = Graupel oder Hagel, 8 = Dunst oder Nebel (Sichtweite weniger als 2 Kilometer), 9 = Gewitter. Temperaturen: + Wärmeград, — Kälteград.

## Modehaus Dressier

Dresden — Prager Str. 12

- Strapazier-Strümpfe . . . 95 Pf.
- Makoflor-Strümpfe . . . 1.25
- Seidengriff-Strümpfe . . . 1.25
- Spezialmako-Strümpfe . . . 1.50
- Seidenflor-Strümpfe . . . 1.75

Extra billig!











# Waaren-Einkaufs-Verein zu Görlitz A.-G. / Zweigniederlassung Dresden

Wir empfehlen zum **Einsieden der Früchte**  
**Besten Einsiedezucker**  
(Altener Lompen)  
in Stücke geschlagen, Pfund **40** ¢

**Gemahlenen Kristall-Melis** . . . Pfund **32** ¢

**Einlege-Essig** stärkster Speiseessig Ltr. **30** ¢  
rötlicher Tafellessig Liter **40** ¢  
feinster Weinessig. . Liter **60** ¢  
Elbs Essig-Essenz Flasche **160** ¢

**Feinste Einlege-Gewürze**  
zu niedrigsten Preisen

Kaneel, Senfsaat, Piment schwarzer und weisser Pfeffer  
Nelken, Ingwer, Kümmel

**Dr. Oetkers Einmachhilfe** (Kalzylsäure)  
zum Konservieren der eingemachten Früchte  
Pack 7 ¢, 3 Pack 20 ¢

Für den **Rum-Topf**:  
**Echter Jamaika-Rum** Original 75%, 1/4 Fl. **725** ¢  
**Extraf. Jam.-Rum** Verschn. 45%, 1/4 Fl. **450** ¢

Für den vollen Einkaufswert verabfolgen wir Einkaufsgutscheine, die am Jahreschluß mit  
**6% Rückvergütung**  
in bar ausbezahlt werden.

**Mühlberg**  
**7 billige Ultimo-Tage**  
**Handarbeiten**  
**Gezeichnete Decken**  
in weissen und farbigen Leinen für Garten und Veranda  
von Mk. **1.75** an  
**Gezeichnete Kissen**  
mit Rückwand weiss und farbig  
von Mk. **1.90** an  
**Tee- und Kaffeemützen**  
vorgeschneit, ledige Arbeit  
von **95** ¢ an  
Wallstr. Webergasse Scheffelsr.  
Dresden

**Auto-Batterien**  
Alfred Lüscher  
Akku-Fabrik  
Bismarckstr.  
Tel. 48405 und 33960

Leist. in Amp.-Std.	Preis für 6 Volt	Preis für 12 Volt
20	45.-	90.-
40	60.-	120.-
60	75.-	144.-

**Gruna-Seidnis**  
Bestellungen auf die Dresdner Volkszeitung  
Dresdner Volkszeitung  
Bismarckstr. 12, Dresden

Nicht von Königen, Prinzen und Prinzessinnen, aber vom Messow & Waldschmidt von Groben und Pölsen und von  
*Franker*  
geschildert das neue Märchenbuch  
**Julius Zentgraf**  
Die Reise mit dem Lampenschirm  
Mit vielen Bildern von Max Grunow  
In festigen Leinwand Einband 2 Mk.  
*Julius Zentgraf*  
Zu beziehen durch die  
**Volksbuchhandlung**  
und ihre Filialen.

# Nur ein Urteil

„riesig praktisch“

gab es bei allen Damen, die diese Neuheit bisher gesehen haben. Die Nachfrage nach dem  
**glockig gearbeiteten Stickereistoff**

für den wir in Dresden den Alleinverkauf haben, war in den letzten Wochen so gross, dass wir den Bedarf kaum decken konnten. Aus feinem Wäschebatist, in aparten Mustern und Farben (weiss, sonnenbrand, helllila) ist er als Meterware so verarbeitet, dass Sie aus 1.10 m sowie etwas Trägerband und einer einzigen Naht in wenigen Minuten den schönsten **Prinzeßrock** oder eine **Hemd-hose** fertigtstellen können.



# MESSOW & WALDSCHMIDT

Seite 10  
n Verbände habe  
von der nache  
fen werden (un  
he dafür, daß der  
mühte, den inter  
daraus aus der  
in Betracht be  
für die beteilig  
in sind, diese  
ariat das Bed  
auch schon mo  
de einem Ant  
Mitteilungsbl  
ten und eine d  
propagieren. Die  
Zahle erscheine  
der die Organi  
e das Gebiet der  
besondere vorteil  
Mitglieder, der  
Mittel und über  
Sekretariat er  
ne pro Jahr und  
le Sekretariat z  
en, daß es alle  
Interstützung m  
eben dem Gefre  
epflogensheiten  
überweisen.  
der Konten  
Streits oder  
mühte organisiert  
geföhrt werden  
nale Sekretarie  
us diesem Zweck  
Internationale  
interstützende O  
enen Verbände  
n. In der Gese  
en Grmütigkeiten  
den Betreffenden  
über. Befähig  
t zu geben, der  
Beitrag für die  
nbig festzulegen  
inen Verbandes  
del werden auf  
d und Jahr der  
is er eine and  
e Höhe erreicht  
Bestimmungen

Julii



# Hirsch am Rauchhaus

19 Scheffelstraße 19

## Die Neueröffnung

erfolgt in den nächsten Tagen

**+Herrent+**  
bedarftartikel sanitärer  
Art, wie Seifenboxen,  
Spiegel, Kabinen,  
W. Heringer, Nr. 20, 22  
nächst Dampfabzweig  
Wab.

**Fahrräder**  
(erklärt) 1 Jahr  
Garantie. Maschinell  
10 Mark. Arbeitsbe-  
schlagnug mündlich.  
Doppelstr. 19, 1. im 364

**Colorado**  
Sonnentag  
Jeden Freitag  
Sonntag  
Der gute Tanz

# Hirsch am Rauchhaus

19 Scheffelstraße 19

## Die Neueröffnung

erfolgt in den nächsten Tagen

**Prinzess Theater**  
Lichtspiele

# Ab Freitag den 2. Juli

**Prinzess Theater**  
Lichtspiele

## Wladimir Gaidarow

in der Rolle des Chevalier des Grioux von packender Gestaltungskraft und edler Männlichkeit

Der neue historische Film der Ufa:



# Manon Lescaut

## Lya de Putti

als Manon von einer im Film selten noch gesehenen Schönheit u. Grazie, Schönheit und Grazie des Rokoko

nach dem Roman des Abbé Prévost

Ein deutsches Filmwerk, dem sich die Pforten zum Weiterfolg geöffnet haben!

Beginn der Vorstellungen: Täglich 4, 7 und 9 Uhr

**ZOO**  
Täglich:  
Konzert  
Abends  
Leuchtbrunnen

Auf dem Schau-Platz vorm. 12 und nachm. 5 Uhr

Ernst Perzinas  
komische  
Affen - Akrobaten  
Papageien-Kabarett  
weltberühmt!  
Im Anschluß daran  
Vorführung des Schimpansen  
**Charlie**

**Auf Kredit!**  
kaufen Sie Haus und  
Güter:  
Palast- u. Tischler-Möbel  
Lohn-Kompl. Schlafzimm-  
er-Küchen- u. Kamin-  
Lohn- u. Tisch- u. Bett-  
Wäsche, Kleiderstoffe  
Damen-, Herren- und  
Kleider-Garderob. u. m.  
gegen bequeme Ver-  
sicherung und leichte  
Kontostellungen  
nur bei  
**A. J. Schneek**  
Wettinerstraße 7, 1  
Ecke Palmstraße  
Stündlich erhalten  
Konten ohne jede Ver-  
sicherung. 11363

**Zur Dresdner Vogelwiese**  
gibt es wieder die bekannten  
Wurffspezialitäten von **Bernhard Hempel**,  
A. Schubert aus Europa. Stand: Straße 2, Ecke Schuler-  
straße, am Autobahnkreuz.

Alttest. Weinhaus • Gegr. 1789  
**Antons Weinhaus**  
bietet in seinen gemütlich, behagl. Räumen  
großes Lager bester Weine  
auch alter Jahrgänge  
Prima norddeutsche Küche Schoppenauschank

**Frauenkirche 2. part.**  
Welfe-Mühle  
Strahend 2. 19. Dampf- u.  
Bühnen-Remitt-Verden.  
Sorglich gekostet am Eingang  
des Schöneburger. Angenehme Musik, Tanz,  
Vortrag, Speisen und Getränke. Volkstanz. Preise!

**PALAST THEATER**  
ALAUSTR. 26

Heute Freitag bis einschl. Montag  
**Pat und Patachen als Photographen**  
Ein lustiges Abenteuer in 6 Akten  
Der unvergleichliche Humor dieser beiden  
kernischen Gestalten zwingt immer wieder  
zu herzlichem Lachen.

**Jack Dempsey**  
der Weltboxmeister  
in  
**Der Kampf mit dem Doppelgänger**  
Ein sensationelles Abenteuer in 2 Akten.

**Fix und Fax als Logierbesuch**  
Lustspiel in 2 Akten.  
Vorstellungen:  
Werktag: 6 1/2, 8 1/2 Uhr  
Sonntag: 4, 6 1/2, 8 1/2 Uhr.

**Gute Bücher**  
kauft man in der Volksbuchhandlung

**Central-Theater**  
Täglich abends 8 Uhr  
**Lene, Lotte, Liese**  
Josephens Töchter  
Operette in 3 Akten v. Georg Onankowski  
Musik von Jean Gilbert u. Robert Gilbert.  
Ermäßigte Sommerpreise!  
**Endlose Lachstürme.**

**Bingo! Rauchtabelle! Bingo!**  
Ueberreicher Alpen-Tabak . . . 1/2 Pfund 0.25  
Mittelschöne . . . 1/2 Pfund 0.30  
Deliz. Blatttabak, leicht betönm- . . . 1/2 Pfund 1.25  
lich im Geschmack . . . 1/2 Pfund 0.63  
Mittelschöne, leichte halbbündliche  
Wohlschmeckende . . . 1/2 Pfund 0.75  
Dolländischer Oberst . . . 1/2 Pfund 0.75  
Feiner leicht aromatischer Feinschnitt . . . 1/2 Pfund 0.87  
Zürcher Gold-Tabak . . . 1/2 Pfund 0.60  
Leines mildes Aroma . . . 1/2 Pfund 0.30  
In bündlicher Ausstattung . . . 1/2 Pfund 0.30  
**Zigaretten: Der große Schlag**  
in 10 und 12 Pf.  
Kreuz . . . 10 Pf. Norma . . . 12 Pf.  
empfehlen

**Gleg. Kinderwagen**  
Kleiner und großer  
neu, billig in verkaufen  
Doppelstr. 19, 1.

**Staubend  
billige Möbel**  
aus eigener  
Holzwerkstatt.  
Helle, solide,  
Küchenschrank  
von 19. \* an.  
Schlafzimm-  
er von 31. \* an.  
Stuhlschrank  
von 9. \* an.  
Bettstellen  
von 25. \* an.  
Kleiderbügel  
von 59. \* an.  
**Büffel, Giche**  
155 Mark  
**Z. Goldhammer**  
19. Br. Brüderg. 19

**Ernst Greiner, Dresden-N.,**  
Pauisenstraße 37 - Telefon 14437.  
**Das amerikanische  
Wirtschaftswunder**  
Das aktuelle Buch über Amerikas Wirtschaft und Kultur von Staatssekretär  
z. D. Prof. Dr. Ju. Girsch  
**Dresdner Volksbuchhandlung**

**VORWÄRTS**  
**KVVD**  
Feinsten Lompen-  
**Zucker**  
zu 38 Pfennig  
je Pfund gibt ab in allen  
Verteilungsstellen  
Konsumverein  
**Vorwärts**

**In Striesen**  
kann man gegenwärtig  
besonders billige und schöne Bücher kaufen  
in der  
**Volksbuchhandlung  
Schandauer Str. 9b**

**Georg Kayser**  
Hilfsmittel  
Gott, Schöbber  
Straße 8, Ecke Kron-  
prinzenstraße im 23  
empfiehlt leichte und er-  
höcherte Buchwaren  
sowie selbsthergestellten  
Brot, Käse, u. Obst  
und Getreide.  
**Der grüne Film**  
Ein Wandbuch  
von Edgar Gubner  
empfiehlt die  
Volksbuchhandlung

Siehe vor geistlichen und weltlichen Berichten  
Vor W. a. R. B. u. c.







